

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3spaltene Petit-
zeile 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Wirtschaftspolitische Umschau.

Im Hochsommer, wenn der größere und jedenfalls der bessere Teil der Börse sich irgendwo im Bade sich von den „Strapazen“ der „Arbeit“ erholt, ist auf die Börse nicht viel Verlaß. Sie gibt sich dann allen Dingen willenlos hin und ermöglicht die zweifelhaftesten Geschäfte. Junge Burschen, die nichts haben und nichts sind, deren einziges Vermögen in einer ziemlich Kenntnis der Börsenschwindelei besteht, versuchen dann, im Trüben zu fischen. Besonders der Kugelmärkte bietet in dieser Beziehung in Westdeutschland seit einiger Zeit Auswüchse, die zum Himmel schreien würden, wenn man mit dem Teil des Publikums, das durch die neuen kleinen Bankhäuser hineingelegt zu werden pflegt, irgendwelches Mitleid haben könnte.

Bei der Beurteilung der Sachlage muß man sich in einer solchen Zeit mehr denn je an die Lage der Werke selber halten, auch auf die Gefahr hin, daß die von ihnen ausgehenden Berichte über den Stand der Situation allzusehr nach der guten Seite gefärbt sind. Da ist vor allem zu sagen, daß die Meldung eines großen rheinischen Blattes, der „Phönix“ habe 2 Hochöfen neu erbaut, blase sie aber nicht an, weil kein Absatz vorhanden sei, nicht den Tatsachen zu entsprechen scheint. Das betreffende Werk hat eine Erklärung losgelassen, die durchaus glaubhaft erscheint; danach will sie diese beiden Öfen für ihren eigenen Bedarf in Kürze in Betrieb setzen. Man wird also wohl jenen Berichten, die von fortwährender Knappheit in Hoheisen sprechen, Glauben zu schenken haben. Bei der Kohle liegt es ebenso. Es ist Tatsache, daß neuerdings Kohle aus dem Auslande herbeigeschafft worden ist. Man darf es ferner als Tatsache hinnehmen, daß bis zum Jahresabschluss alle größeren Werke verlässliche Aufträge haben.

Die Debatte über die Frage, wann der Niedergang über uns hereinbrechen wird, hat in der letzten Zeit eine präzisere Fassung erhalten. Daß wir in einer Periode wirtschaftlicher Aufwärtsbewegung sind, die kaum höher steigen kann, darüber ist alles im Reinen. Es fragt sich nur, ob der Niedergang plötzlich hereinbrechen wird, oder ob wie bei der letzten Krise ein langsames Hinuntergleiten der Krisis die allergrößte Härte nehmen wird. Es ist klar, daß von der Beantwortung gerade dieser Frage für die Arbeiterschaft sehr viel abhängt. Man wird nun mit Recht die Hoffnung hegen dürfen, daß die Machthaber der Industrie und die anderen dabei mitwirkenden Faktoren aus den Erfahrungen der letzten Krisen etwas gelernt haben werden. Das geht vor allem die Großverbraucher an, auch die öffentlichen Verbände und Institutionen, die Städte und Kreise. Daß sie manche große Arbeit, die vielleicht schon jetzt dringend wäre, aufgeschoben haben, um sie in der wirtschaftlich schlechten Zeit auszuführen, kann als sicher hingenommen werden. Das gleiche ist zu sagen von gutgeleiteten großen Riesenunternehmungen der Industrie. Dafür freilich ist in der letzten Zeit von anderer Seite ein Bedarf auf den Markt gelangt. Der vielleicht nicht von Dauer sein wird. Das gilt von den zahllosen Werksvergrößerungen und neuen Anlagen. Vorzüglich die Kaltindustrie war es, die in diesem Jahre mit Aufträgen auf dem Eisenmarkt reichlich, deren Umfang man sich früher gar nicht vorstellen konnte. Dazu kommen dann die neuen Gründungen anderer Art. Eine halbamtliche Zusammenfassung über die neuen Gründungen läßt zwar, da manche Gründungen, z. B. Terracingesellschaften, nur einen verschwindenden Bedarf an Industriematerialien haben, ein Urteil im Einzelnen nicht zu aber

es liegt doch auf der Hand, daß die neue Gründung von 120 neuen Aktiengesellschaften, die im 1. Halbjahr 1906 mit einem Kapital von 228,55 Millionen gegen 192 mit 386 Mill. Mk. Kapital im ganzen Jahre 1905 einen ganz ungeheuerlichen Mehrbedarf an Industrieprodukten verursachen muß, selbst wenn der größte Teil der „gegründeten“ Werke bereits bestand.

Dieser ganze ungeheure Bedarf lastet jetzt auf dem Markte und heischt Befriedigung. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß von den gesamten Aufträgen bis zum Schlusse des Jahres und darüber hinaus, die heute die Großindustrie mit so stolzen Hoffnungen erfüllen, mehr als die Hälfte auf solche neuen Gründungen entfällt die nachher als Produzenten auf dem Markte erscheinen und den gegenwärtigen Unternehmungen Konkurrenz machen werden. Ewig kann aber in diesem Tempo nicht weiter gegründet werden. Der Bedarf dieser neuen Gründungen fällt somit zu absehbarer Zeit weg und dann vermögen die regulären Aufträge den plötzlichen Niedergang nicht mehr aufzuhalten. Sache der Arbeiterorganisationen wird es sein müssen, überall da, wo sie einen Einfluß auf die öffentlichen Körperschaften haben, wo sie Stadtverordnete haben oder irgendwelchen Stadtverordneten nahe stehen, durch diese dahin zu wirken, daß der Bedarf der Städte, Gemeinden, u. nach Kräften zurückgehalten wird. In der wirtschaftlich schlechteren Zeit sind dann die Baumaterialien für Rathaus-, Schul-, Krankenhaus- u. c. Bauten weit leichter und billiger zu haben und zugleich wird der Niedergang der Industrie gehemmt. Bei Straßen-, Kanal- u. c. Bauten aber werden dann zahlreiche Arbeiter anderer Branchen aushilfsweise Arbeit finden können, die in der Industrie vergeblich nach Arbeit suchen. Wenn die Ortskartelle der Gewerkschaften nach dieser Richtung hin bei größeren Plänen ihrer Gemeinden Stellung nehmen würden, würden sie der Arbeiterschaft dadurch einen ungeheuer großen Dienst erweisen. Ein Teil der Stadtverwaltungen hat nämlich die Bedeutung des städtischen Bedarfs im wirtschaftlichen Leben noch immer nicht kapiert.

Die drohende Situation hält aber den Unternehmungsgeist der Industrie selber nicht zurück. Die Hulschinsky'schen Werke in Gleiwitz erwerben für 1/2 Million Mk. das Grundstück der Eisengießerei und Maschinenfabrik Hennig u. Cie. — Die Wismarsche Drahtindustrie A.-G. in Wismar glaubt die Anlage einer größeren Drahtzieherei in Wismar riskieren zu dürfen. — Die Mannesmann-Röhrenwerke verhandeln über den Ankauf der Saarbrücker Gußstahlwerke in Malstatt-Bimbach, doch genügt den Aktionären dieses Werkes das Angebot der Käufer nicht.

Eine interessante Erscheinung im wirtschaftlichen Leben, die unmöglich übergangen werden kann, ist der neuerdings übliche Zusammenschluß größerer Werke mit größeren Händlerfirmen. Die Herren Unternehmer scheinen dem Syndikatswesen nicht zu trauen und suchen daher engen Anschluß an Großhändler, um für den Fall eines Zusammenbruchs der Syndikate nicht allzuviel Zeit mit der Werbung neuer Absatzquellen und der Organisation des Absatzes zu verlieren. So hat kürzlich die Laurahütte sich eng mit der Berliner Großfirma Ravene liiert. Dazu ist dann die neue Duisburger Firma Alsdner u. Cie. gekommen, die den Absatz für das Hammer Eisen- und Stahlwerk und die Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie organisiert. Später u. Cie., G. m. b. H. in Duisburg verfolgen ähnliche Ziele, ebenso Hanshof in Köln, die für den Wächener Hüttenaktienverein Rote Erde tätig sind. Solange es dem Verbänden

gut geht, wird diese Rückversicherung der Unternehmer kaum eine größere Bedeutung gewinnen, vielleicht nur in der Form, daß die Werke sich den Syndikaten gegenüber den Rücken gestärkt haben.

Im Bereiche der Syndikate dauert die Unruhe fort. Die hier, mit der das Unternehmertum sich bei dem Abschluß und der Erneuerung dieser „Freundschafts“-Verträge zur leichteren Ausbeutung des Publikums gegenseitig bekämpft, ist nichts weniger als nett, zumal die Arbeiter die Leidtragenden sind. Die Syndikate haben für den Arbeiter nur dann einen Nutzen, wenn sie ausgleichend auf die Produkte einwirken und eine Milderung der Krisen durch die Verlegung der Produktion aus der guten Zeit in die schlechte herbeiführen. In der heute üblichen Form der Syndikate sind diese Versuche stets vergeblich geblieben. In allen Syndikaten verursacht der Übergang in ein neues Vertragsverhältnis große Schwierigkeiten, da jeder Teilnehmer eine möglichst große Rücksicht auf seine Interessen verlangt. Das Hoheisen Syndikat scheint aus dem Glend der Unsicherheit überhaupt nicht mehr herauskommen zu sollen. In diesen Tagen ist eine Verlängerung „gelungen“, aber nur bis zum 1. Juli 1907. Der Streit um die Erneuerung kann also weiter gehen.

Da der 1. Juli 1907 wahrscheinlich nicht mehr zur Periode des Aufschwunges gehören wird, werden möglicherweise im Hüttenwesen sehr große Unannehmlichkeiten entstehen, deren Folgen in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Lohnreduktion die Arbeiter zu tragen haben werden. Klüger ist man beim Drahtstiftensverbande gewesen. Dieser hat den neuen Vertrag vor dem hereinbrechen der Krise ins Trockene gebracht, indem er den Eigenbrödlern einen Preisaufschlag in Aussicht gestellt hat. Die Frage, wie lange dieser Preisaufschlag eingehalten werden können, braucht ja im Vertrage nicht behandelt zu werden. Aber auch bei diesem Verbände hat der Abschluß große Schwierigkeiten gemacht, weil ein Teil der Werke, besonders eine unter der Führung der Firma Gebr. Stumm stehende Gruppe, derartige Anforderungen stellte, daß die süddeutschen und sächsischen Drahtstifthersteller nicht mittun zu können glaubten. Die großen Werke scheinen dann ihr Ziel durch die Ankündigung eines scharfen Kampfes gegen die süddeutschen und sächsischen Fabriken erreicht zu haben. — Auch im Siegerländer Hoheisen Syndikat läßt die Erledigung der neuen Gründungsschwierigkeiten auf sich warten. — Das neueste im Syndikatswesen ist, daß der Kommerzienrat Guillaume in Mülheim einen deutschen Erzgrubenverband, und damit eine Erzgrubenbetriebsgesellschaft in Aktienform gründen will. Das wäre zum ersten Male der Versuch eines Trusts nach amerikanischem Muster bei uns in Deutschland, soweit es den Bergbau angeht.

Die Berichte aus den einzelnen Unternehmungen laufen naturgemäß im Hochsommer, wenn die leitenden Oberbeamten und Unternehmer in den Bädern weilen, nicht so zahlreich ein. Meistens sind es Auslassungen der Betriebsleitung über den Gang des Geschäfts, und die Hoffnungen für die Zukunft, deren Ziel es ist, die gute Meinung des Börsenpublikums von den betreffenden Aktien des Werkes zu heben. So begründet die Maschinen- und Armaturenfabrik H. Breuer u. Cie., G. m. b. H., den Plan einer Erhöhung des Aktienkapitals um 700 000 Mark mit einem Nachweis über das Ansteigen der Produktion, das eine Vermehrung der Betriebsmittel notwendig mache. — Das Eisenwerk Braunschweig (früher Lannwitzer A.-G.) beschloß die Liquidation der Gesellschaft, nachdem

es gelungen war, Verkaufsverhandlungen zum Abschluss zu bringen. An dem Werke sind insgesamt 895 000 Mark verloren worden. — Die vereinigte Uhrenfabrik Gebr. Jung h a n s u. T h o m a s S a l l e r, A. G. Schramberg verteilt für 1905/06 6 Prozent Dividende gegen 7 1/2 Prozent im Vorjahre. — A. G. J. D. N i e d e l in Berlin verteilt 10 Prozent Dividende für die Stammaktien und 2 1/2 Prozent für die Vorzugsaktien. — Bei der deutschen Eisenbahnbetriebsgesellschaft, A. G. stellt sich die Dividende aber auf 1/2 Prozent. — Die Berliner Gußstahlfabrik- und Eisengießerei Hugo Hartung A. G. verteilt 5 Prozent Dividende.

Unsere Ortskartelle.

Zu diesem Kapitel bringt das Zentralblatt einige Ausführungen über die auszuführende Tätigkeit, die mancherorts beherzigt werden dürfte:

Mit dem Voranschreiten der christlichen Arbeiterbewegung, mit dem Erstarken der Zentralverbände macht sich innerhalb der einzelnen Ortsgruppen mehr und mehr das Bestreben geltend, durch gemeinsames Zusammenwirken die Gesamtbewegung zu fördern. Ein erfreuliches Zeichen bieten uns in dieser Hinsicht die Ortskartelle.

Während wir vor einem Jahre kaum über 90 Kartelle anzuführen konnten, ist diese Zahl jetzt auf 145 gestiegen. Daß diese Liste vollständig wäre, kann nicht einmal gesagt werden, verschiedene Kartelle haben ihr Bestehen noch nicht angemeldet. Wenn nun auch anerkannt werden muß, daß manche Kartelle eine erprobte Tätigkeit gezeigt haben, so sind auch eine ganze Anzahl vorhanden, deren Tätigkeit den an sie gestellten Anforderungen nicht entspricht. Es ist darum mit Freuden zu begrüßen, daß auf dem diesjährigen Kongreß die Ortskartelle eine eingehende Würdigung finden in dem zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Betätigung der Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

Wie die Zentralverbände sich als Einheitsinstanz den Gesamtverband gebildet haben, so sollen die einzelnen Ortsgruppen sich zwecks gemeinsamen Zusammenarbeitens in Orts- oder Bezirkskartelle verbinden. Einmal aus dem Grunde, weil durch die Gesamtheit eine planmäßigere Agitation entfaltet werden kann, dann aber auch, weil die einzelnen, besonders jüngeren und kleineren Zahlstellen einen Rückhalt haben müssen, den sie in der Gesamtheit, in dem Kartell finden. — Die Aufgaben, die die Ortskartelle haben, sind so bedeutend, daß es sich wohl lohnt, darauf kurz hinzuweisen.

In erster Linie ist es die Agitation am Orte. Fast alle Kartelle haben diese in ihrem Statut vorgesehen. In der Praxis aber läßt dieses Gebiet viel zu wünschen übrig. Es könnte an manchen Orten für die noch nicht vertretenen Berufsverbände mehr getan werden, wenn das Kartell richtig wirkt. Doch nicht immer liegt die Schuld

an den Personen, das System ist es, worunter die Allgemeinheit leidet.

In vielen Fällen werden gerade die Kollegen in die Kartelle delegiert, die auch in den Zahlstellen die Hauptarbeit leisten. Da nun aber in den Kartellen wie auch in den Zahlstellen die ganze Kraft verlangt wird, ist es notwendig, solche Kollegen in die Kartelle zu delegieren, die tüchtig sind, aber in der Zahlstelle keinen weiteren Posten bekleiden. Auf keinen Fall dürfte ein Kartellvorsitzender nebenbei auch noch Zahlstellenvorsitzender sein, da sonst auf beiden Seiten nur halbe Arbeit geleistet wird. — Vor einigen Jahren mußten wir solche Umstände noch mit in den Kauf nehmen. Heute aber, wo unsere Reihen geschlossener sind, müssen sich mindestens Kollegen finden, die diese Posten übernehmen können, ohne zu starke Ueberbürdung einzelner. Dann aber muß vor allem der Kleinigkeitsgeist, wie wir ihn stellenweise noch an einzelnen Orten wahrnehmen können, verschwinden, es ist nicht notwendig, daß die stärksten Ortsgruppen den Vorsitz haben müssen, ausschlaggebend darf nur die persönliche Tüchtigkeit des einzelnen sein. Dasselbe gilt auch von dem übrigen Kartellvorstande. — Schmollend bei Seite setzen, weil man den Sieg nicht davongetragen, ist eines christlich Organisierten unwürdig, ist gewissermaßen schimpflich und der Gesamtheit schädlich. Ein jeder arbeite an seiner Stelle. In manchen Orten, besonders in den größeren Städten, wird sich die Agitation nicht mehr nutzbringend von den in Arbeit stehenden Kollegen vollführen lassen. Da ist es notwendig, daß der Kartellvorstand möglichst einen Kollegen freistellt, damit dieser die Leitung in die Hand nimmt. Dieser muß allerdings auch in diesem Falle gebracht werden. Einsichtige Kollegen werden aber auch hier vor nichts zurückschrecken, und wir haben uns noch nie vergebens an unsere Kollegen gewandt, wenn es galt, der Gesamtheit zu nützen.

In letzter Zeit sind einige Kartelle bereits dazu übergegangen, Beamte freizustellen. Daß bei solchen Vorgehen bedeutende Erfolge erzielt werden, hat das Kartell Essen bereits.

Vor einem kleinen Opfer darf man, wie schon vorher gesagt, nicht zurückschrecken. Mit einem Beitrag, wie er heute vielfach an die Kartelle gezahlt wird, läßt sich ein solches aber auch nicht erhalten oder es ist von vornherein in seiner Tätigkeit gehemmt. Der mindeste Beitrag muß 5 Pfg. monatlich pro Mitglieds sein, dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß bei Wahlen und dergleichen mehr die Zahlstellen noch ein weiteres leisten.

Auch die ferneren direkten Aufgaben der Ortskartelle, Vorbereitung der sozialen Wahlen (Gewerbegericht, Krankenkasse etc.), Pflege der Statistik, Bildungsbestrebungen, Regelung der Arbeitsnachweise, gemeinsame Lokalfrage und dergl. lassen sich nur durchführen, wenn alle Kollegen Hand anlegen.

Es ist ja nun selbstverständlich unmöglich, daß sich alle Kartelle freigestellte Kräfte leisten könnten, dieses ist auch gar nicht notwendig, für eine Anzahl Kartelle wäre es aber gerade so gut, wenn sie offiziell nicht beständen, sich dafür einem Bezirkskartell anschließen und so durch Konzentrierung der Kräfte einen besoldeten Kollegen halten könnten,

wobei ja nicht ausgeschlossen zu sein braucht, daß sie trotzdem als Unterartstelle fungieren können.

Auf eines sei an dieser Stelle noch mit Nachdruck hingewiesen. Die Orts- oder Bezirkskartelle sind ein wichtiger Bestandteil der Gesamtbewegung, es ist darum Pflicht einer Zahlstelle, sich den bestehenden Kartellen anzuschließen bzw. die Beiträge pünktlich zu bezahlen. Vielfach liegt hier noch manches im Argen, indem einzelne Zahlstellen aus kleinem Egoismus oder purer Nachlässigkeit sich fernhalten. Hier sollten stellenweise die Zentralverbände eingreifen, die Zahlstellen anweisen, den Anschluß zu vollziehen. Ebenso ist es mit der Beitragszahlung. Ist die Errichtung eines Kartells beschlossen, dann sollen auch alle Beteiligten folgen und die kleinen Unkosten gerne tragen. Daß einige Kartelle mangels richtiger Erkenntnis ihrer Aufgaben sich in Sachen mischen, die ihre Zuständigkeit übersteigen, soll noch kurz Erwähnung finden.

Die Kartelle dürfen sich auf keinen Fall in Dinge mischen, für die die Zentralverbände zuständig sind. Zu diesen Fällen gehört auch das Sammeln von Unterstützungen. Die Kartelle sind nicht befugt, selbständig Sammlungen zu veranstalten beziehungsweise die Listen dazu zu versenden. Es würde ein wildes Chaos abgeben, wenn bei jeder Kleinigkeit die Zentralverbände und auch die Ortskartelle Sammlungen veranstalten wollten. Sie würden allenthalben auf Widerstand stoßen. Was die einzelnen Kartelle oder Korporationen in ihrem eigenen Bezirke veranstalten, darüber wird sich keiner weiter aufhalten, was darüber hinausgeht, das überlasse man den weiteren Instanzen. Dann wird auch die Animosität, die verschiedentlich gegen die Kartelle besteht, verschwinden. Möge der demnächstige Kongreß den Kartellen erneut die Richtlinien angeben, auf denen sie vorwärts streben sollen, mögen neue anregende Gedanken gegeben werden zum Wohle und Nutzen der Gesamtheit.

Was soll man aber wohlens dazu sagen, wenn Ortskartelle Beschlüsse fassen, ob Arbeiter im Auslande treten sollen oder nicht, wie es bei der bevorstehenden Metallarbeiteraussperrung im Mannheimer Kartell geschehen ist. Derartige Uebergriffe der Kartelle müssen sich die Zentralleitungen ganz entschieden verbitten. Ob Leute in Auslande treten sollen oder nicht, gehört ausschließlich zur Kompetenz der Zentralleitungen der einzelnen Verbände.

Die Ortskartelle haben sich hier jeder Einmischung zu enthalten.

Ein Streifzug durch Newser Eisenwerke.

In einem früheren Artikel haben wir an dieser Stelle im Allgemeinen über die Lage der Metallarbeiter am hiesigen Ort gesprochen und gezeigt, daß noch vieles zu wünschen übrig bleibt, sowohl in bezug auf Löhne, Arbeitszeit, Behandlung, hygienische u. Einrichtungen, wie insbesondere auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Für die gewerkschaftliche Organisation gibt es also noch überaus viel zu tun. Heute wollen wir uns mit einigen speziellen Fällen etwas näher beschäftigen. In der Wagengabri-

Das Arbeiterleben in den Vereinigten Staaten.

Er kommt dann zu einem Vergleich in der Lebenshaltung der deutschen und der amerikanischen Arbeiter. Man liest da: „Bei gleicher Lebenshaltung wie für der deutsche Arbeiter gewohnt ist, würde der amerikanische reichliche Rücklagen machen können. Die Bedürfnisse des letzteren, namentlich hinsichtlich der Lebensweise, sind kostspieliger als die des deutschen oder überhaupt des europäischen Arbeiters. Aus den Feststellungen, die ich im einzelnen habe machen können, ergibt sich, daß die Lebensmittel in den Vereinigten Staaten nicht teurer, an kleineren Plätzen eher billiger sind, als bei uns. Der Mietpreis der Wohnungen in den großen Städten ist etwa um die Hälfte höher als in den größeren Städten Deutschlands. Arbeiterwohnungen von 3 Räumen (Küche einbegriffen, in der die Mahlzeiten eingenommen werden) nebst Bad kosten 12—16 Dollar (50—67 Mk.) monatlich, während für Wohnungen für 4 Räume nebst Bad ein monatlicher Mietpreis von etwa 18 Dollar (75 Mk.) zu zahlen ist. In Frankfurt beträgt beispielsweise die Miete für 2 und 3 Zimmerwohnungen mit Badeeinrichtung 40 Mk. bzw. 55 Mk. monatlich. In den Preisen für den Hausrat des Arbeiters dort und hier besteht kein erheblicher Unterschied. Die Kleidung für Arbeiter ist in Amerika nicht wesentlich teurer als in Deutschland. Fertige Anzüge für Männer sind zum Preise von 12—15 Dollar zu haben. Auf Bestellung kostet ein Anzug 20 Dollar. Hüte und Schuhe sind nicht höher im Preise als bei uns. Teurer als in Deutschland soll sich die Kleidung für die Frau und die erwachsenen Töchter stellen, weil die amerikanische Arbeiterfrau sich besser und feiner zu kleiden liebt als die

deutsche. Die Ausgaben für die regelmäßigen Vergütungen sind etwa dieselben wie in Deutschland, eher niedriger, weil sich am Sonntag beispielsweise dem amerikanischen Arbeiter so wenig wie dem englischen Gelegenheit zum Gelbausehen bietet. Dagegen erfordert die Ausgabe für Getränke, die der Arbeiter im Kreise seiner Kollegen einzunehmen pflegt, mehr als im allgemeinen bei uns. Theater und Vergnügungen sind wohl teurer als hier, bieten aber einen geringeren geistigen Genuß, sofern überhaupt von einem solchen nach den Darbietungen amerikanischer Theater die Rede sein kann, von einem bildenden oder erzieherischen Einfluß eines solchen ganz zu schweigen.“

Endlich bespricht der genannte Herr die Möglichkeit für den amerikanischen Arbeiter vorwärts zu kommen. Nach längerer Darlegung der Ausbildungsgelegenheiten für den amerikanischen Arbeiter kommt er zu dem Schlusse: „Dem befähigten und intelligenten Arbeiter fällt es unter dortigen Verhältnissen in der Regel nicht schwer, in eine höhere Stellung zu gelangen und seine materielle Lage zu verbessern, weil nicht gefragt wird, was der Mann weiß oder wissen sollte, sondern was er kann. Wenn eine gute allgemeine Geschäftslage ihn begünstigt kann der vorwärtsstrebende, mit guten Fachkenntnissen ausgerüstete Arbeiter aus der dienenden in die leitende Stellung leichter aufsteigen, als in irgend einem Lande der alten Welt.“

Gewerberat Oppermann-Ursberg sieht sich die Arbeiterfrage vom Standpunkt des deutschen Arbeiters an, der auf dem Sprung steht, auszuwandern. Er kommt zu folgendem Schlusse: „Der deutsche Arbeiter, der mit den heimatischen Verhältnissen nicht mehr zufrieden ist und der da denkt, es sei wohlgetan nach Amerika auszuwandern, um leichter Geld zu verdienen und um in

angenehmeren Verhältnissen leichter vorwärts zu kommen der wird in den meisten Fällen große Enttäuschungen erleben, wenn er drüben Einblick in die dort herrschenden Arbeitsbedingungen erhält. Solche Arbeiter kommen mindestens vom Regen in die Traufe. Ich habe den überzeugenden Eindruck gewonnen, daß heute derjenige Arbeiter, der tüchtig ist und der vorwärts kommen will, hier bei uns reichlich dieselben Chancen des Vorwärtskommens hat wie drüben.“ Er sieht allerdings die gesamte Situation dort durch eine möglichst trübe Brille an, während ihm bei uns alles im hellsten Sonnenglanze erstrahlt. Von der Gast und Rücksichtslosigkeit, von der andere aus den amerikanischen Arbeitsstätten berichten, hat er nichts wahrgenommen: „Die Mäßigkeit und Mäßigkeit in den amerikanischen Arbeitsstätten die man sich bei uns immer als eine außergewöhnlich große vorstellt, ist keineswegs besonders auffällig. Ich war erstaunt, zu finden, daß man überall, auch während des Dienstes, Zeit zu allerlei Nebenarbeiten übrig hat. Man sieht überall, wie die Kontoristen mit ihren Nachbarn plaudern oder mit den Maschinenschreiberinnen scherzen. Man sieht die Arbeiter, wie sie bei der Arbeit zusammenstehen und sich unterhalten oder wie sie ihr Werk in gehöriger Bedächtigkeit und Langsamkeit verrichten; dabei ändert sich auch nichts, selbst wenn die Betriebsbeamten oder der Chef vorübergehen. Der Einfluß der gewerkschaftlichen Bewegung, von welcher noch die Rede sein wird, scheint an diesen Verhältnissen wesentlichen Anteil genommen zu haben.

Dafür aber bekommt die deutsche Arbeiterfrau eine lobende Erwähnung: „Die äußerliche Erscheinung der amerikanischen Arbeiter ist eine gute; in der Kleidung haben sie sich sogar vorteilhaft von unseren deutschen Arbeitern ab; auch die eingewanderten Arbeiter folgen

N. Broig hatten wir einige Kollegen beschäftigt. Die Löhne waren äußerst niedrig; für ältere Arbeiter: Dreher, Schlosser, Schmiede 3,50 bis höchstens 4 Mk.; für jüngere Arbeiter der gleichen Art, 2,20 bis 3 Mk. Ueberarbeit und Sonntagsarbeit, die sehr viel gemacht werden mußte, blieben ohne jede bessere Vergütung, die Akfordlöhe standen derart niedrig, daß es vorkam, daß der Akfordüberschuß über den Tagelohn nur 37 Pfg. in einer Lohnperiode betrug. Auszahlung des Akfordes wurde oft mehrere Löhnungen verschleppt, sogar die angegebenen 37 Pfg. wurden dem betr. Kollegen erst bei der dritten Lohnzahlung und auf wiederholtes Drängen ausgezahlt. Für Zuspätkommen waren in der Arbeitsordnung für den ersten Fall in einer Lohnperiode 10 Pfg. vorgesehen, für jeden weiteren je 10 Pfg. mehr. Trotzdem wurden den Leuten nicht nur diese, sondern auch für jeden Fall ein Stundenlohn einbehalten. Auch für Werkzeug wurden Abzüge gemacht, wobei nicht nur durch die Schuld des Arbeiters unbrauchbar gewordene Werkzeuge angerechnet wurden, sondern auch die, die infolge Altersschwäche oder geringer Qualität aus den Fugen gingen. Zudem sollen dabei höhere als die ortsüblichen Preise vielfach berechnet worden sein. Der Meister hält sich, ob zur Vermehrung seines Einkommens, oder aus welchem anderem Grunde, das wissen wir nicht, Kostgänger, die im Werke arbeiten. Dieses soll denn auch der hauptsächlichste Grund dafür sein, daß diese oft mehr verdienen, wie diejenigen, die Familie haben oder sonstwo Logie nehmen. Auch die Abneigung der betreffenden gegen den Verband dürfte sich auf diese Weise erklären. Ein Arbeiterausschuß existiert zwar in dem Werk, es sind ein paar alte Leute, die ja und Amen sagen, wenn die Fabrikleitung irgend einem Arbeiter aus den Strafgebern eine Unterstützung zuwenden will. Für Abschaffung der bezeichneten Uebelstände, geschweige denn zur Herbeiführung geordneter Zustände hat dieser Arbeiterausschuß noch keinen Finger gerührt. Kein Wunder, denn bis vor kurzem war kein einziges seiner Mitglieder organisiert.

Ende Mai hielten wir nun für besagten Betrieb eine Werkstattpredigt ab und wurde unser Zahlstellenleiter, Kollege Andenbach beauftragt, mit der Firma zu unterhandeln. In längerem Schriftstück mit beigefügter eingehender Begründung wurden der Firma die Forderungen der Arbeiter unterbreitet. Verlangt wurden: Lohn- bzw. Akfordverbesserung, Bezahlung der Ueberstunden mit 25 Prozent, der Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent, strikte Beobachtung der Arbeitsordnung in bezug auf Lohnabzüge wegen des Werkzeugs bzw. Zuspätkommens und pünktliche Akfordlohnanszahlung, sowie Verbot des Meisters, Kostgänger zu halten, die auf dem Werk beschäftigt sind, und humane Behandlung. Nach dem Vorher-angeführten wird niemand behaupten wollen, daß diese Forderungen unerschwinglich, übermäßig seien. Trotz mehrmaliger Anfrage, wann die Firma mit unserem Vertreter verhandeln wolle, wurde demselben keine Antwort zuteil. Das Schriftstück wurde am Freitag, den 25. Mai übermittlelt. Am Montag den 28. machte der Betriebsleiter Herr Stephani durch An-

schlag in der Fabrik bekannt, daß man von setze n des Christl. Metallarbeiterverbandes an die Firma schriftlich herangetreten sei, daß er es aber dem Arbeiterausschuß überlasse, mit ihm in Verbindung zu treten. Da drei Mitglieder des Ausschusses aber, größtenteils aus Furcht, entlassen zu werden, sich weigerten, so wurden einige unserer Kollegen mit zweien vom Ausschusse vorstellig. Nach ein paar unverbindlichen Auseinandersetzungen wurde aber die Verhandlung abgebrochen und alles blieb beim alten.

Es wäre ein leichtes gewesen, in diesem Betriebe in diesem Augenblick die geforderten Zugeständnisse zu erhalten, wenn nur die dortigen Arbeiter den ernstlichen Willen gezeigt und organisiert gewesen wären. Eine kleine Anzahl hielt tren zur Sache, aber die Mehrzahl drückte sich feige an der ganzen Bewegung, namentlich an den Versammlungen vorbei. So konnte den eingereichten Forderungen nicht der nötige Nachdruck verliehen werden. Allerdings hat die Firma nachträglich einige Verbesserungen getroffen, aber sie reichen doch noch nicht entfernt an das heran, was wir verlangt hatten.

Das Schönste aber ist, daß Arbeiter, die neuerdings eingestellt werden, pro Stunde 40 Pfg. und darüber erhalten, während die älteren sich mit 3-5 Pfg. pro Stunde weniger begnügen müssen. Das eine ist aber sicher, hätten wir nicht eingeseht, dann wäre es vielleicht noch lange im alten Geleise weiter gegangen. Sogar diese wenigen Verbesserungen sind auf das Konto unseres Verbandes zu setzen. Ob die dort beschäftigten indifferenten Arbeiter nun bald einsehen, wie sehr sie sich selbst geschadet haben dadurch, daß sie dem Verbands nicht anschlossen. Wenn es ihnen wirklich darum zu tun ist, sich ordentliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschaffen, dann hilft kein Bauchrutischen vor dem Meister oder sonstiger Beamten, auch nicht ängstliches Abwarten, was wohl noch geschehen möge, sondern einzig und allein der Anschluß an die Organisation des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Mögen die Arbeiter zur Einsicht kommen, ehe es zu spät ist.

Im vorigen Jahre machten wir den Versuch, für die Maschinenfabrik Math. Reinarz eine Werkstattpredigt abzuhalten. Man verbot aber den Leuten unter Androhung der Entlassung, die Versammlung zu besuchen. So fand auch wirklich keiner den Mut, zu erscheinen. Ueber die Verhältnisse in dem Betrieb war kaum etwas zu erfahren. Am 5. Juli cr. stand nun der Inhaber vor dem Gewerbegericht. Ein Arbeiter klagte 5,25 Mk. rückständigen Lohn ein. Auf einen Vergleich wollte Herr Reinarz sich nicht einlassen. Er meinte, er habe gar keine Veranlassung dazu sich zu vergleichen, da er dem Arbeiter durchaus nichts schulde. Der Arbeiter, ein Dreher, sollte zwei Drehbänke bedienen, eine kleine und eine große. Nun war das sonderbare Abkommen getroffen worden, für die größere Bank 40 Pfg. Lohn und für die kleine 10 Pfg., zusammen also 50 Pfg. zu zahlen. Da der Mann nur Arbeit für eine Bank hatte, erhielt er nur 40 Pfg. pro

Stunde, weshalb er dann Klage auf Zahlung des rückständigen Betrages er hob und den Staub dieses Betriebes schon nach fünf Tagen von den Füßen schüttelte. Die Firma wurde denn auch verurteilt, die eingeklagte Summe und drei Mark Versäumnistkosten zu zahlen. Und da hat man noch den Mut, den Arbeitern den Beitritt zur Organisation, bzw. zur Teilnahme an Versammlungen zu verbieten. Wie lange lassen sich die Arbeiter solches noch gefallen?

Bei der Firma Waltermann, Eisengießerei, gehören die Arbeiter fast alle dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband an. Kürzlich anlässlich der Formerbewegung wurden nun einige Leute vorstellig wegen Lohn-erhöhung. Sie wurden jedoch abgewiesen und nun schweigen alle Flöten, trotzdem man in einer Reihe von Versammlungen, die man kurz vorher abgehalten, mit vollen Händen zum Kampf gelassen hatte. Aber es war halt kein Geld da, um die schönen Worte in die Tat umzusetzen.

Auch bei Hamann hat es ähnlich so gegangen. Neben geringem Lohn soll hier auch in hygienischer Hinsicht manches zu wünschen übrig bleiben. Aber die Herren vom roten Verband haben eine Anzahl Mitglieder dort eingefangen und damit scheint es ihnen vollends genug zu sein. Ob die in Betracht kommenden Kollegen bald einsehen, wie sie genasführt wurden. Bei einigen hat es schon gebämmert und sie haben den Phrasendreschern ebenfalls eine Nase gebreht.

Nichtsdestoweniger machen die Roten alle Anstrengungen, hier Fuß zu fassen. Neben geheimen Werkstattpredigten, zudenem beileibe kein Christlicher zugelassen wird, versucht man es auch auf andere Weise. Es wird nachgerade hohe Zeit, daß unsere christlichen Arbeiter sich endlich einmal auf sich selbst besinnen und nicht länger untätig dem Kampfe, der sich um ihre Rechte abspielt, zusehen. Groß sind allerdings, wie hier gezeigt, die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, aber in uns zu überwinden werden, wenn anders wir nicht auf jede Verbesserung der durchaus unwürdigen Verhältnisse verzichten wollen. Sie können aber nur überwunden werden durch einiges Zusammenarbeiten im Geiste der christlichen Weltanschauung, durch den Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband. Die hier geleistete Arbeit ist ungleich wichtiger wie alle Mühen für Schützengug, Theater-, Gesangs-, Turn- u. Vereine, ist wahre Kulturarbeit im vollsten Sinne des Wortes. Die hierfür geleisteten Beiträge dienen nicht dem Augenblickstaunel, sie bringen hundertfältige Frucht.

Die Eisenbahnen der Erde.

Eine interessante Darstellung bringt das Archiv für Eisenbahnwesen vom Jahre 1906, Heft 3. Danach waren zu Anfang 1905 886,313 km Eisenbahnen auf der Erde vorhanden. Neugebaut wurden im letzten Jahre 26,958 km. Davon entfiel der größte Prozentsatz auf Amerika 9,538 km. Das europäische Eisenbahnwesen hat sich um nicht ganz 5000 km vergrößert. Der stärkste Zuwachs fällt auf das europäische Rußland

balder Landesitte und kleiden sich gut. Hieran mag der Umstand mitwirken, daß die Frau in den Vereinigten Staaten keine Hausfrau im deutschen Sinne ist. Sie beschränkt sich drüben meist auf ein Minimum häuslicher Arbeiten: sie sitzt am liebsten auf der Veranda im Schaukelstuhl, Romane lesend und überläßt dem Manne ein sehr viel größeres Stück häuslicher Sorgen, als es hier in Deutschland der Fall ist. Auf das Ausbessern zerfessener Kleidungsstücke von seiten seiner Ehehälfte hat daher der amerikanische Arbeiter kaum zu rechnen, und sehr viel häufiger als hier werden die Kleidungsstücke durch neue ersetzt.

Ueber den Arbeitshaushalt hat Herr Oppermann folgendes in Erfahrung gebracht: „Nach meinen Erfahrungen und Erkundigungen erfordert drüben ein Haushalt mindestens doppelt soviel Geld als hier zu Lande, vorausgesetzt, daß man gleiche Ansprüche an Lebenshaltung und an Lebensgenuß stellt. Es ist hiernach erklärlich, daß die amerikanischen Löhne mindestens doppelt so hoch sein müssen als die deutschen Arbeitslöhne. Für die große Masse der ungelerten Industriearbeiter ist denn auch der Tagesarbeitsverdienst mit durchschnittlich 1,75 Dollar etwa das Doppelte bis Zweieinhalbfache der in Deutschland zu zahlenden Löhne. Für besondere Arbeitsleistungen, namentlich für Arbeiter, denen — wie beispielsweise den Vorarbeitern in großen Stahlwerken — eine besondere Verantwortung obliegt, steigt allerdings der tägliche Arbeitsverdienst erheblich höher. Hierin weichen aber die gleichartigen Verhältnisse in Deutschland keineswegs ab, und man kann bei allen gleichartigen Berufen annehmen, daß das Verhältnis zwischen deutschen und amerikanischen Arbeitslöhnen etwa dasselbe ist, wie vorhin angegeben. Wenn also beispielsweise der Vorwalzer an einem Walzwerk des Homstead Steel Work-

in der Arbeitsschicht bis zu 5 Dollar verdient, so stehen dem in deutschen Stahlwerken Löhne von 10-12 Mk. gegenüber, wie auch eine umfassende Enquete, die das Departement of Labor in Washington im Jahre 1903 über die Verhältnisse, von 25 440 in verschiedenen Landesteilen wohnenden Arbeiterfamilien angestellt hat, nicht viel mehr als die doppelte Lohnhöhe im Vergleich zu unseren deutschen Verhältnissen annehmen kann. Die Häupter jener 25 440 Arbeiterfamilien hatten durchschnittliches Jahreseinkommen von 621,12 Dollar oder von rund 2 608 Mk. Es darf behauptet werden, daß erwachsene verheiratete Industriearbeiter in Deutschland im Jahresdurchschnitt, nicht viel weniger als die Hälfte dieses Einkommens haben.“

Wie man sieht, weichen die Anschauungen bezüglich der Lage der Arbeiter in Deutschland und Amerika wesentlich von einander ab. Herr Gewerbeberater Oppermann scheint hierbei zu vergessen, daß der amerikanische Arbeiter eine Lebenshaltung führt, wie es bei uns kaum der bessere Teil des Mittelstandes sich erlauben kann. Darauf kommt es doch zuletzt an, wenn man Vergleiche anstellen will, zwischen deutschen und amerikanischen Arbeitern.

Nicht aber darauf, ob sich der Arbeiter große Ersparnisse zurücklegt.

Die Ausbildung der Metallarbeiter.

In Deutschland hat die Großindustrie sich daran gewöhnt, ihren Nachwuchs aus dem Handwerksbetrieb zu nehmen und ein großer Teil des Handwerks hat daraus schon das Recht zu der maßlosesten Lehrlingszüchterei herleiten wollen. Immerhin kann trotz der mannigfaltigen Mißstände für die Industrie in dieser Lehrlings-

ausbildung durch das Handwerk für die Industrie ein Vorteil gesehen werden. Die Industrie wird dadurch im allgemeinen — von den besseren Spezialarbeitern abgesehen — der Notwendigkeit überhoben, sich mit der Ausbildung der gelernten Arbeiter zu befassen.

In den vereinigten Staaten liegen die Dinge ganz anders. Gewerbechulldirektor Baer sagt darüber: „Maschinen und chemische Prozesse, die an Stelle der Handarbeit traten, förderten den Großbetrieb und erschwerten dem Handwerker den Wettbewerb. Der Kleinmeister hatte alle Kräfte aufzubieten, um sich seine wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erhalten. Er war daher nicht mehr wie zuvor imstande, sich der Beaufsichtigung und Unterweisung seiner Lehrlinge zu widmen. Technische Fortschritte führten wegen der in Aussicht stehenden wirtschaftlichen Vorteile zur Spezialisierung der Arbeiter und zur Massenproduktion. Damit gestalteten sich die Bedingungen für eine umfassende Ausbildung der Lehrlinge noch ungünstiger. Endlich wurde auch das persönliche Verhältnis, welches früher zwischen Meister und Lehrling bestand, dadurch gelockert und schließlich aufgehoben, daß der Meister infolge der veränderten sozialen Verhältnisse darauf verzichten mußte, den Lehrling in sein Haus und damit in seine erziehlische Obhut zu nehmen. Die Folge aller dieser Verhältnisse war die allmähliche Vernachlässigung der Heranbildung und Erziehung eines geeigneten Ersatzes für die durch Alter und Tod auscheidenden gewerblichen Arbeitskräfte. Der Fabrikhaber bekümmerte sich in vielen Fällen nicht um die Schaffung eines Arbeiternachwuchses. Er überließ es dem Kleinmeister, Lehrlinge heranzubilden, und beschäftigte in seinem Betriebe nur beruflich ausgebildete Gehilfen; jugendliche Arbeiter nahm er dagegen nur insofern auf, als er sie unumgänglich brauchte. (Fortf. folgt.)

und das Deutsche Reich, in Asien sind nur Britisch-Ostindien, Japan und China wesentlich an den Fortschritten des Eisenbahnbaues beteiligt. Die Tätigkeit Russlands in Asien hat unter dem Einfluß des russisch-japanischen Krieges vollständig gestockt. In Afrika zeigen neben den Eisenbahnen Ägyptens auch die in den deutschen Kolonien angemessene Fortschritte. In den englischen Kolonien ist ein völliger Stillstand zu verzeichnen. Auch in Australien hat der Eisenbahnbau wohl unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und politischen Lage nur ganz geringe Fortschritte gemacht.

Das Eisenbahnnetz von Amerika hatte einen Umfang von 450 577 km, das der vereinigten Staaten einen solchen von 344 174 km, es übertrifft also das Eisenbahnnetz Europas von 305 407 km um fast 49 000 km, Asien hatte 77 206 km, Australien 27 052 km Afrika 26 074 km Eisenbahnen.

In der Reihenfolge der einzelnen Staaten folgt auf die Vereinigten Staaten von Amerika mit 334 672 km das Deutsche Reich — allerdings in großem Abstand — mit 55 564 km, das europäische Russland mit 54 708 km Frankreich mit 45 733 km, Britisch-Ostindien mit 44 352 km, Oesterreich-Ungarn mit 39 168 km Großbritannien und Irland mit 37 297 km und Kanada mit 31 554 km. Die übrigen Staaten der Erde bleiben alle unter 20 000 km. Ganz auffallend ist der geringe Fortschritt im Eisenbahnbau in Großbritannien. Es sind im Jahre 1904 nur 149 km neue Eisenbahnen gebaut, während in Preußen, dessen Eisenbahnnetz (33 510 km) an Ausdehnung dem großbritannischen beinahe gleichkommt, 656 km neue Eisenbahnen hergestellt sind.

In dem Verhältnis des Eisenbahnnetzes zum Flächeninhalt der Länder nimmt das Königreich Belgien mit 23,9 km auf 100 qkm die erste Stelle ein. Es folgen das Königreich Sachsen mit 19,9 km, Baden mit 13,9 km, Elsaß-Lothringen mit 13,6 km, Großbritannien mit 11,7 km, die Schweiz und Württemberg mit 10,2 km, Bayern mit 9,8 km, Preußen mit 9,6 km. Für Preußen insbesondere kommt in Betracht, daß für die ausgedehnten östlichen Provinzen der Eisenbahnbau noch nicht so fortgeschritten ist wie in den weiter fortgeschrittenen, in industriereichen kleineren deutschen Staaten. In den Vereinigten Staaten stellt sich dies Verhältnis auf nur 4,4 km.

Das Verhältnis der Eisenbahnlänge zur Einwohnerzahl ist in den australischen Staaten, Queensland mit 97,1 km auf 10 000 Einwohner, Westaustralien mit 84,7 km und Südastralien 83,3 km. In Kanada kommen 59,1 km, in den Vereinigten Staaten von Amerika 43 km auf 10 000 Einwohner. Von den europäischen Staaten weist die höchste Zahl Schweden auf mit 24,5 km, es folgen Dänemark mit 13,4 km, die Schweiz mit 12,7 km, Bayern mit 12 km, Frankreich mit 17,7 km Elsaß-Lothringen mit 11,5 km, Baden mit 11,3 km, Norwegen mit 10,9 km und Belgien mit 10,2 km. In Deutschland sind im ganzen 9,9 km, in Preußen 9,7 km Eisenbahnen auf 10 000 Einwohner vorhanden, in Großbritannien nur 8,8 km. Diese Zahlen beweisen nicht die Ueberlegenheit des Eisennetzes in einem Lande da besonders die Bevölkerungsdichtigkeit eine erhebliche Rolle spielt.

Die Durchschnittskosten eines Kilometers Bahnlänge für die aufgeführten Bahnen betragen für Europa 294 461 Mk. (gegen 292 938 Mk. im Vorjahre), für die übrigen Erdteile 151 409 Mk. (gegen 149 206 Mk. im Vorjahre.)

Legt man diese Durchschnittskostenbeiträge sämtlichen vorhandenen Eisenbahnen zugrunde, so ergibt sich ein Anlagekapital für Europa von 305 407 x 294 461 = 89 991 532 027 Mk., für die übrigen Erdteile von 580 906 x 151 409 = 87 954 396 544 Mk. zusammen Anlagekapital der am Anfang des Jahres 1905 in Betrieb gewesenen Eisenbahnen der Erde 177 945 928 581 Mk. oder rund 178 Milliarden Mk.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

St. Ingbert ist für die christliche Gewerkschaftsbewegung gewonnen!

Das hat sowohl Besuch als auch Verlauf der großen Gewerkschaftsversammlung am 15. Juli mit aller Deutlichkeit gezeigt. Schon lange vor der zur Eröffnung festgesetzten Zeit war in dem großen Becker'schen Saale kein Plätzchen mehr aufzutreiben. Immer neue Scharen kamen heran und bald war Saal und beide Galerien derart überfüllt, wie dies wohl noch selten der Fall gewesen sein mag. Dabei mußten sehr viele Freunde und Anhänger der christlichen Gewerkschaftsfrage unberücksichtigter Sache wieder abziehen. Es werden eher mehr als weniger wie 1000 Personen gewesen sein, die von hier und Umgegend herbeigezogen waren. Punkt 3 Uhr er-

öffnete der Einberufer, Redakteur Scheuer, die Versammlung und entbot den in so überaus zahlreicher Weise Erschienenen den herzlichsten Gruß. Er begrüßte besonders jene Männer, die mit ihm vor einigen Wochen jenen Baum gepflanzt, der sich heute so mächtig entwickelt hat, jene Arbeiter, die sich inzwischen der Organisation angeschlossen und die, welche heute gekommen sind, um sich in die Reihen der christlichen Gewerkschaftler zu stellen. Er begrüßte auch die anwesenden Beamten, wünschend, daß sie nach dem Verlaufe der heutigen Versammlung die christliche Gewerkschaft nicht mehr als jene schlimme Gesellschaft ansehen möchten, wie sie in der Vorstellung mancher Arbeitgeber sei es aus Unkenntnis oder Kurzsichtigkeit, existiert.

In anderthalbstündiger, meisterhafter Rede sprach sodann Gewerkschaftssekretär Wernerus-St. Johann, stürmisch begrüßt, über das Thema:

Was wollen die christl. Gewerkschaften?

Hierüber ist schon viel geschrieben und geredet worden — dafür und auch dagegen. Wenn unsere Gegner das Bessere tun, so beweisen sie damit nur, daß wir marschieren und vorwärts schreiten. An Bekämpfung, Beschimpfung und Verdächtigung unserer christlichen Organisation hat es nie gefehlt. Wenn sich nun trotzdem Hunderttausende der Bewegung angeschlossen haben, so ist das ein Beweis dafür, daß das Programm der christlichen Organisation etwas in sich birgt, was dem Arbeiter zuzugut, sowohl als Christ wie auch als Arbeiter und die Arbeiterschaft St. Ingberts ist deshalb nicht fehlgegangen, wenn sie sich in so großer Zahl der christlichen Gewerkschaft angeschlossen hat. Was hat uns nun zusammengeführt und was verlangen die Mitglieder der christlichen Berufsorganisation? Um das zu würdigen ist es notwendig, die Lage des Arbeiterstandes im allgemeinen zu betrachten. Diese Lage zwingt den Arbeiter mit eiserner Notwendigkeit, sich zu organisieren. Numerisch der stärkste Stand, ist der Arbeiterstand trotzdem der schwächste Stand, wenn er sich nicht zusammenschließt. Der Arbeiter verlangt vor allem, daß er sowohl als Stand wie auch als Person im Wirtschaftsleben nach dem Grundsatz behandelt wird: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, nach dem Grundsatz: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dem indifferent und einzeln dastehenden Arbeiter dieses Recht vielfach nicht wird. Nicht einmal die Menschenrechte will man dem Arbeiter zuerkennen. Sagte doch eine GröÙe im Saarrevier: Menschenrechte gehören in die Kumpelkammer! Das ist nicht mehr Verfehlung eines Einzelnen, das ist System. Verlangen wir da etwas unbilliges, wenn wir uns zusammenschließen, wenn wir sehen, daß der Einzelne schwach dasteht und nicht zu seinem Rechte kommt? Nach der politischen Konstellation im Reich könnten wir noch lange warten, bis uns dieses Recht von Gesetzeswegen werden würde. Sind doch heute nach wöllen 15 Jahren die bekannten Februar-Erlasse erst zum geringsten Teile in die Wirklichkeit umgesetzt. Reichtum, Studium, Vereinigung und geistliche Mittel, die dem Arbeitgeber zur Verfügung stehen, fehlen dem Arbeiter. Er hat nichts als seine Arbeitskraft. Schon von seinem 14. Lebensjahr ist er darauf angewiesen, durch seiner Hände Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen. Für ihn und seine Familie fehlen ihm Mittel und Zeit zur Ausbildung. Das muß besser werden. Der Vater muß wieder in die Familie. Wir verlangen deshalb ausreichende Löhne und kürzere, geregelte Arbeitszeit. Die Arbeitsfreudigkeit wird dann wieder eine größere und der Arbeiter wird dann auch ein höheres Pflichtgefühl besitzen. Wenn bei so jungen Gewerkschaftlern wie hier dieselben bei der Agitation viel leicht mit etwas Uebereifer vorgehen, so möge man das nicht allzusehr beurteilen, denn die Arbeiter haben sich nicht vereinigt, um schon nach einigen Wochen einen Streik zu inszenieren. Die Arbeitgeber mögen aber auch mit der Abstellung vorhandener Mißstände nicht warten, bis sich die Dessenlichkeit damit beschäftigt, sondern bei Zeiten nach: dem Rechten sehen. Auch hier in St. Ingbert ist da manches zu regeln und zu bessern. Deshalb Hand in Hand gearbeitet zum Wohl der Arbeiter und Arbeitgeber, sowie der ganzen Industrie!

Stürmischer Beifall erscholl nach diesen klaren, alle Teilnehmer befriedigenden Ausführungen. Herr Prof. Kneber zeigte dann, wie selbst die Staatsbeamten, Aerzte usw. organisiert sind und dadurch ihre Forderungen zu vertreten vermögen, ohne in den Streik einzutreten. Besonders gut gefallen habe ihm die Forderung, daß der Mann der Familie erhalten werden solle. Er rufe den St. Ingberter Arbeitern zu: Seid einig, einig, einig! Herr Kpl.

Steinmüller dankte Herrn Sekretär Wernerus und Redakteur Scheuer für ihre Verdienste um das Emporblühen der hiesigen Bewegung und beehrte so dann in längerer Ausführung den christlichen Standpunkt der Gewerkschaften. In seinem Schlusswort hob der Vorsitzende die patriotische Gesinnung der christlichen Gewerkschaftsmitglieder hervor, die stets unallzeit zu König und Vaterland halten und auch in wirtschaftlichen Leben diesen Standpunkt vertreten. Dieser Gesinnung gab Redner Ausdruck in einem dreifachen Hoch auf Se. M. Hoheit Prinz-Regent Luitpold, worin die Anwesenden begeistert einstimmten.

Es war eine glänzende Heerschau, welche die hiesige Organisation gestern gehalten, zu welcher ihre Mannen so zahlreich erschienen und ein so beedtes Beispiel der Einigkeit und Opferfreudigkeit gaben. Auf dem nun betretenen Wege gibts kein Halt und kein Zurück mehr, immer vorwärts, hoch die christliche Gewerkschaft!

Mitteldeutscher Verband evangel. Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften.

Obiger Verband hielt am 18. Juni in Müsdorf bei Mansfeld seinen 16. Verbandstag ab. Aus dem Bericht des „Evangelischen Arbeiterboten“ interessiert uns vor allen Dingen das frische Eintreten für die christlichen Gewerkschaften. Der Vereinigung gehören augenblicklich 21 Vereine mit 4388 Mitgliedern an. Die Verbandsleiterkassette zählt 4522 Mitglieder und im Berichtsjahre wurden 3005 Mk. Sterbegelder ausgezahlt. Einnahme und Ausgabe balanzieren mit 14 845 57 Mk. Sodann ist hervorzuheben, daß ein Herr Sanger einen Vortrag über: „Die Rechtsauskunftsstellen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ in Erfurt hielt. Ob diese Verbindung gerade sehr glücklich ist, möchten wir doch entschieden bezweifeln. Gewiß soll eine Rechtsauskunftsstelle nur Rat in Rechtsfragen erteilen und es ist sicher löblich, daß man den sogenannten Rechtskonsulenten ihr schädliches Handwerk legen will. Aber Arbeitersekretäre, die lebendig in der Arbeiterbewegung stehen, die aus den Arbeitern selbst hervorgegangen sind, können hier nur ernstlich Besserung schaffen. Und „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ steht bekanntlich der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auch nicht gerade freundlich gegenüber. Endlich sprach auf dem Verbandstage noch Herr Griesbach-Mühlhausen, über: „Die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften“. Der Referent empfahl zum Schluß die Angliederung des Mitteldeutschen Verbandes an die christlichen Gewerkschaften. Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Der 16. Verbandstag des Mitteldeutschen Verbandes evangelischer Arbeitervereine erkennt unter aller Würdigung der Arbeitgeber-Organisationen die Notwendigkeit der Beteiligung seiner Mitglieder an den christlichen Gewerkschaften an und ersucht die Ortsvereine, in ihren Kreisen die erforderlichen Schritte zu tun.“

Um nun zu einem praktischen Resultat zu kommen, möchten wir dringend die Ortsgruppen unseres Verbandes ersuchen, sich mit den Leitungen der Arbeitervereine in Verbindung zu setzen und dort die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Wir begrüßen den Beschluß des Verbandstages; er zeigt uns, daß immermehr die Vorurteile in evangelischen Kreisen beseitigt werden dank unserer Gewerkschaftler. An letztere möchte ich aber zum Schluß noch die dringende Bitte richten, jetzt aber nur ja nicht nachzulassen in der Agitation in unseren Arbeitervereinen, damit wir uns den katholischen Kollegen, die sehr gut in ihren Arbeitervereinen arbeiten, würdig zur Seite stellen können. Die christlichen Gewerkschaften sind interkonfessionell und sollen es auch bis in alle Zukunft bleiben.

Ein evangelischer Arbeitervereiner.

Ein Husarenritt der „Hirsche“ im Ruhrgau.

Im letzten „Regulator“, dem Berliner General-Hirschen-Organ, verbricht einer von den General-Hirschen (Gleichauf) einen Bericht über eine Tour durch den Ruhrgau, der aber allerdings recht kläglich ausgefallen ist. Da er positives über seinen Husarenritt in den Ruhrgau nicht zu berichten weiß, reißt er sich zum Zeitvertreib an einigen christlichen Führern der betreffenden Gegend. Offenbar handelt der Mann nach dem Satz im Vorspiel zu Gretch's Faust:

„In bunten Bildern wenig Klarheit,
Viel Irrtum und ein Fünkchen Wahrheit,
So wird der beste Trank gebraut.“
d. h., das Fünkchen Wahrheit besteht nur darin, daß der Generalhirsch allerdings im Ruhrgau gewesen ist.

„aber durchweg an allen Orten nur einen recht gründlichen Reinsfall erlebte. Es gehört tatsächlich eine recht starke Phantasie dazu, aus dem Fiasko, das Herr Gleichauf im Ruhrgebiet erlebt hat, einen Erfolg zu konstruieren, und es heißt wirklich die Wahrheit auf den Kopf stellen, wenn der „Regulator“ am Schluß schreibt:

„Die öffentlichen Versammlungen in Meiderich, Bruchhausen, Duisburg, Duisburg-Hochfeld, Saar, Oberhausen, Hamm, Dortmund und Mülheim-Estern, haben den christlichen Gewerkschaftsführern gezeigt, daß der Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer nicht mit sich spassen läßt.“

„Daß du die Nase ins Gesicht behältst“, werden unsere Mitglieder in den beteiligten Orten mit Dank und Fröhlichkeit ausrufen. Es geht doch nichts über Einbildung; etwas zu diesem Erguß zu schreiben, wäre wirklich dem Geschreibsel zu viel Ehre angetan. Eine zutreffende Antwort ist den Gesprächsleitern der Gewerkschaften in Duisburg und Meiderich erteilt, wo sie trotz ihrer Bruchhausenerien mit Ach und Krach gerade fage und schreibe einen Vertreter bekommen haben, während die Christlichen 4 resp. 2 Vertreter bekommen haben. Also trotz des siegreichen Ausgangs dieser klägliche Vereinfachung. Wir kondolieren.

„Ruppige“ Genossen.

Am Montag, den 9. Juli, fand in Magdeburg im „Hohenzollernpark“ eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Die Versammlung war auf 1/2 9 Uhr angesetzt; um 1/2 7 rückten die „Genossen“ schon in großen Scharen heran. Da diese Bier usw. zurückwiesen, schloß der Wirt einfach den Saal ab, sodaß niemand hineinkam.

Wer nicht glauben will, daß der Mensch vom Affen stamme, der konnte sich nun davon überzeugen. Flugstieg man aufs Dach, um von hier aus in den Saal zu gelangen und schlug die Fensterscheiben ein, um hindurch zu krabbeln. Hierdurch war die Versammlung zum größten Teil von „Genossen“ besetzt, während die anderen nur weniger in den Saal kamen.

Der Referent Bessler (S.-D.) sprach über: „Die Metallarbeiterausperrung und das Verhalten des witten Metallarbeiterverbandes.“ Er zeigte den „Genossen“, besonders den Magdeburger Obergewerkschaftsbrandes, ein ziemliches Sündenregister.

Da aber der S.-D. Beamte Bessler in gewerkschaftlicher Beziehung ebenfalls eine große Sündenlast auf sich geladen hat, so stelen die „Genossen“ von der Obergewerkschaftsbrandes im 1stündigen Nachreferat über ihn her. Hier leistete sich Brandes auch für uns sehr interessantes; er sagte: „daß er den Terrorismus verurteilt.“ Wer lacht da. Der selbe Brandes sagte im vorigen Jahre in einer Gewerkschaftsversammlung: „Die Kollegen, die aus dem witten Verband austreten und zu den Christlichen gehen, müßt ihr verachten und behandeln wie Streikbrecher.“ Weiter meinte er, wenn andere Organisationen in Bewegungen vermittelt sind, werfen die Genossen ihnen keine Knüppel vor die Beine, sondern erklären sich immer solidarisch??? (Burbach usw.). Ebenso hätten die Bürgerlichen Parteien nichts Soziales geleistet, während die Sozialdemokratie und nur sie allein, die soziale Gesetzgebung geschaffen habe.

Eine Versammlung so anzulügen, das kann auch nur ein Genosse, denn er ist ja zur Wahrhaftigkeit, nach der Genossenlehre, nicht verpflichtet.

Als diese geendet, stiegen die „Freiheitsbrüder“ auf Tische und Stühle, in denen sie das Rohr zerhackten und zertraten, und stimmten ein grausiges Indianergeräusch an, sodaß man sich in eine Tiermenagerie versetzt wähnte. Auf der Bühne wollte Genosse Hänfen eine Resolution vorlesen, die ihm aber Bessler portrifierte.

Jetzt gingen die Genossen los: „Haut das schwarze Vieh da runter.“ Den 2. S.-D. Vorsitzenden kriegte man an die Beine und aus dem Saale kamen die Bierunterseher geflogen, wovon ein Kommisar getroffen wurde, der sodann die Versammlung auflöste und durch zirka 30 Schutzleute den Saal räumen ließ. Die Genossen zogen in Gendarmenmienen ab. Hier hat sich die Magdeburger Arbeiterchaft einmal gründlich blamiert.

Wie hieß es doch auf dem Parteitag in Jena: „Wir Sozialdemokraten müssen noch viel ruppiger werden.“

Die deutsche Krankenversicherung im Jahre 1905
zählte in 23 193 Kassen im Jahresdurchschnitt 10,7 Millionen Mitglieder. Die Zahl der Kassen weist einen geringen Rückgang (bei den Hilfskassen und in der Gemeindefrankenversicherung) auf, dagegen einen Zugang von fast 1/2 Millionen Mitgliedern; das Wachstum trifft hauptsächlich die Ortskrankenkassen, in zweiter Linie die Betriebskrankenkassen. Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit stellt sich auf 4 220 176 mit 83 259 967 Krankheitstagen; auf 1 Mitglied kamen durchschnittlich 0,30 Erkrankungsfälle und 7,77 Krankheitstage, für die Krankengeld oder Krankenanstaltspflege gewährt wurde. Die ordentlichen Einnahmen betragen rund 246 Millionen Mk., darunter Beiträge und Eintrittsgelder 230 Millionen Mk. Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Ersatzleistungen, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgeld, Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) beliefen sich auf rund 234 Millionen Mk. (und zwar für ärztliche Behandlung 48 Millionen, für Arzneien 32 Millionen, für Krankengelder 96 Millionen, für Wöchnerinnen 4 1/4 Millionen, für Sterbegelder 6 Millionen, für Krankenanstalten 27 3/4 Millionen.) Auf 1 Mitglied kamen durchschnittlich 19,07 Mk. Krankheitskosten gegen 17,00 im Vorjahr. Die Verwaltungsausgaben betragen 13 Millionen Mk.; auf 1 Mitglied daher 1,17 Mk. durchschnittlich. Das Gesamtvermögen betrug 190,0 Millionen Mk. (im Vorjahr 180,5), wovon auf die Ortskrankenkassen 84,7, die Betriebskrankenkassen 83,8, die eingeschriebenen Hilfskassen 16,8 Millionen Mk. entfielen. — Schon diese Zahlen geben einen Einblick in die Großartigkeit dieses Versicherungszweiges.

Von der Redaktion des „Deutschen Volksblatt“ in Stuttgart geht uns nachstehendes zu:

Ueber die politische Tagespresse in Württemberg

enthält die Nr. 26 des „deutschen Metallarbeiter“ vom 30. Juni einen Artikel, dessen Inhalt mit den wirklichen Verhältnissen nicht in allem übereinstimmt und der auch nicht in allen seinen Ausführungen von den Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes am hiesigen Plage gebilligt wird. Wir haben hier nicht die katholischen Bezirksblätter zu verteidigen, obwohl auch zu ihrer Entschuldigang anzuführen wäre, daß bis jetzt die Arbeiter sehr wenig, vielfach wohl gar keine Anstrengung gemacht haben, Einfluß auf dieselben zu gewinnen. Der Zentrumspresse in Stuttgart aber — und als solche kann, da es sich von der Tagespresse handelt, nur das „deutsche Volksblatt“ gemeint sein — geschieht ganz entschieden unrecht, wenn ihr ein „besonderer Tadel“ ausgesprochen wird. Uns ist unter den Zentrumsblättern Deutschlands kein Blatt bekannt, welches der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verhältnismäßig soviel Raum widmet, als das „deutsche Volksblatt.“ Dinehin gibt das „deutsche Volksblatt“ eine eigene wöchentliche Beilage, die „Wirtschaftlichen Aufgaben“ heraus, von der vier Seiten der Arbeiterfrage gewidmet sind. Die Arbeiter werden im „deutschen Volksblatt“ so wenig als „Aschenbrödel“ behandelt, daß gerade der gegenteilige Vorwurf von seiten der Landwirtschaft, des Handwerks usw. dem „Volksblatt“ gemacht wird. Dazu kommt, daß das „Volksblatt“ die Anzeigen der christlichen Gewerkschaften unentgeltlich aufnimmt.

Der „Metallarbeiter“ geht von einem ganz vereinzelten Fall aus, in welchem eine Einwendung zur Abwehr gegen die „Schwäb. Tagw.“ wegen Raummangels zurückgegeben wurde. Der „Raummangel“ war nun sicher kein bloßer Vorwand in einer Zeit, da in Württemberg die wichtigsten politischen Kämpfe wegen der Verfassungsrevision ausgekämpft werden mußten. Dinehin war eine kurze Abwehr der fraglichen Angriffe der „Schw. Tagw.“ bereits im „deutschen Volksbl.“ erschienen und wenn der Einsender der zweiten Abwehr Wert auf die Aufnahme gelegt hat, so war es nicht zuviel verlangt, das zurückgesandte Manuskript nochmals der Redaktion mit der Bitte um Aufnahme vorzulegen.

Wie man angesichts dessen von „schöpfer“ Behandlung reden und zur Abonnementskündigung anfordern mag, ist uns unverständlich. Der christlichen Gewerkschaftsfrage ist jedenfalls besser gedient, wenn man das einzige entschiedene befreundete Blatt, das die christlichen Gewerkschaften in Stuttgart haben, nicht mit Undank belohnt.

(Anm. der Red. Wir sind nun doch der Meinung, bei einem Kampfe wie auf der Burbacher Höhe, der bei Freund wie Feind so viel Aufsehen erregte, und von seiten der Sozialdemokratie alles aufgeboten wurde, die Erfolge des christlichen Metall-

arbeiterverbandes zu verkleinern oder gar zu einer Niederlage zu stampeln, sollte auch in einer Presse, die sich rühmt, nicht Gegner der christlichen Gewerkschaften zu sein, etwas Platz zur Vertretung übrig bleiben; trotz Verfassungsrevision. Wir haben aber die Entgegnung der Redaktion des „Volksblatt“ gerne Ausnahme gewährt; hoffentlich ziehen beide Teile die richtige Anwendung daraus, zu ihrem eigenen Besten).

Streiks und Lohnbewegungen.

Duisburg, Die Duisburger Maschinenbau-Ges. vorm. Borchm. u. Keetman hatte es seit langem verstanden, durch Fabrikgesangvereine und Pensionskasse bei ihren Arbeitern sich in den Geruch einer Wohlfahrtsfirma zu versehen. Die Organisation war deshalb diesen „friedlichen“ Arbeitern ein unbekannter Begriff; sie arbeiteten ja bei einer Wohlfahrtsfirma, was brauchten sie da die Organisation. Das „gute Einvernehmen“ zwischen der Firma und ihren Arbeitern sollte plötzlich jäh gestört werden.

Herr Betriebsleiter Hinz von der Abteilung Hochfeld des genannten Werkes wollte seine Verdienste im Geldsackinteresse der Firma durch ein neues Kontrollsystem krönen. Die alte Kontrolle des Ein- und Ausgangs aus der Fabrik durch Marken genügte dem Herrn nicht mehr, ebenso die alte Akkordberechnung. Durch ein ausgeklügeltes amerikanisches Kontrollsystem sollte nun nicht nur der Ein- und Ausgang der Arbeiter, aus der Fabrik auf die Minute kontrolliert werden, sondern auch der Anfang und das Ende jeden Akkords sollte durch Abstempelung der Zeit auf einer Akkordkarte bewerkstelligt werden, angeblich um besser kalkulieren zu können.

Die Arbeiter befürchteten mit Recht, daß dieses neue System nur dazu dienen soll, allmählich die Akkordsätze herunter zu regulieren und wandten sich nun in der Not an die Organisation, um sich gegen die Wohlfahrtsfirma zu schützen. Die Arbeiter, die früher nie in eine Gewerkschaftsversammlung hinein zu bekommen waren, erschienen jetzt wahlzählig in den Versammlungen. Einstimmig wurde dann auch von ihnen der Beschluß gefaßt, die neue Akkordkontrolle sich nicht aufzwingen zu lassen. Aber eine Wohlfahrtsfirma läßt sich so leicht nicht irre machen, sie schreckt selbst vor einem Kontraktbruch nicht zurück, wenn es gut, ihre Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen. Und so wurden denn die 14 Schmiede, die man als Versuchskanarienvogel für das neue System gebrauchen wollte, vorigen Samstag ohne Einhaltung der Kündigungsfrist auf Straßensplaster geworfen; weil sie getreu dem gefaßten Versammlungsbeschluß die neue Akkordkontrolle verweigerten. Nach § 5 ihrer Arbeitsordnung waren die Schmiede auch nicht dazu verpflichtet und die Firma hat offenbar mit der plötzlichen Entlassung der Schmiede Kontraktbruch begangen.

Die übrigen Arbeiter des Hochfelder Werkes haben daraufhin am vorigen Dienstag die Kündigung eingereicht, während die Arbeiter des Neuborfer Werkes, bei denen man die amerikanische Kontrolle nicht einführen will, in einer überfüllten Versammlung sich mit ihren Kollegen aus „Sibirien“, wie das Hochfelder Werk dort geschmackvoll genannt wird, solidarisch erklärten und jede Streikarbeit verweigern wollten.

Die Firma hat solches natürlich von ihren lieben Arbeitern nicht erwartet und sucht nun durch Erklärungen in den ihr zur Verfügung stehenden Zeitungen und durch Flugblätter und Bekanntmachungen ihre Arbeiterfreundlichkeit zu rechtfertigen und die Arbeiter den Agitatoren der Organisationen zu warnen, die sie als hergelaufene Gesellen usw. bezeichnet. Das wird ihr aber wenig nützen, die Arbeiter haben erkannt, daß nur die Organisation ihr wahrer Freund ist und werden jeden Versuch, ihre Einigkeit zu zerstören, zurückweisen. Hoffentlich sieht die Firma ein, daß es aber besser ist, mit ihren Arbeitern zu verständigern, als sich auf den absoluten Pochenstandpunkt zu stellen. Die Zeiten, wo man vom Arbeiter nur unbedingten Gehorsam verlangte, sind längst vorüber. Heute verlangt der Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Daß die Arbeiter aber nur durch die Organisation sich dieses erringen können, werden auch die Arbeiter der Firma Borchm. u. Keetman durch diesen Kampf einsehen gelernt haben und auch für alle Zukunft an der Organisation festhalten. Dann wird es möglich sein, in diesem Kampf eine

Verständigung mit der Firma zu erreichen und spätere Verschlechterungen energisch zurückzuweisen und Verbesserungen zu erzielen.

Duisburger Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vorm. Neuen & Reetmann, Streik ausgebrochen.

Hagen. Klempner in Lohnbewegung eingetreten.

Wirselen. In der chemischen Fabrik von Honigmann Differenzen ausgebrochen.

V. Gladbach. In der Papierfab. Firma Sanders sind Differenzen ausgebrochen. Heizer, Maschinenisten und Schlosser kommen in Betracht. Grund: Maßregelung.

Siegburg. Bei der Firma Wolffs Rattunfärberei Differenzen ausgebrochen. Reparaturhandwerker, Heizer und Maschinenisten kommen in Betracht.

Dortmund. Zugang von Formern und Gießerarbeitern fernhalten.

Duisburg. Fittingswerk G. m. b. H. Streik ausgebrochen.

Bochum. Westfäl. Stahlwerk für Formern gesperrt.

Bochum. Lohnbewegung der Klempner.

Einlage. Zugang von Formern fernhalten.

Emmerich. In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von van Gumbert Differenzen wegen Maßregelung ausgebrochen.

Bremen. Klempnerstreik.

Mülheim a. Rhein. Bei der Firma Israel und Söhne Schmiede und Stellmacher wegen Differenzen gekündigt.

Zugang ist fernzuhalten!

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit Eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. Juli der einunddreißigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 29. Juli bis 5. August 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Anträge zur Generalversammlung.

Verwaltungsstelle Düsseldorf.

1. In allen Industriezentren, wo eine nach tausenden zählende Metallarbeiterschaft in Frage kommt, freigestellte Kräfte zu entsenden, oder dort selbst geeignete Kollegen freizustellen.

Begründung:

Der vielfach erhobene Einwand, zuerst eine genügende Mitgliederzahl zu beschaffen, um für den anzustellenden Beamten eine Grundlage zu haben, kann nicht mehr ganz zu Recht bestehen, weil in manchen Gegenden, in Betracht der großen Beamtenschaft, der Gegner, es schwerer fallen wird, die erforderliche Mitgliederzahl zu bekommen, wenn unsererseits keiner, ausschließlich in der Agitation tätig ist.

2. Im Düsseldorfer Bezirk zu dem Lokalbeamten noch eine zweite Kraft freizustellen.

Begründung:

Soll unser Verband, entsprechend seiner Bedeutung, hier zur Geltung kommen, dann muß unserem Antrag stattgegeben werden, weil gegnerischerseits der deutliche Metallarbeiterverband 8 und der Hirsch-Duncker'sche Gewerbeverein 5 freigestellte Beamten in der Agitation stellt, während unsererseits nur immer 1 Mann gestellt werden kann. Vom 1. Juli ab erheben die meisten der Verwaltungsstelle Düsseldorf angegliederten Zahlstellen einen Beitrag von 55 Pfg., um die Anstellung einer zweiten Kraft zu ermöglichen. Das Fehlende möge dann die Zentrale übernehmen, solange bis wir uns selbst erhalten können.

Ortsgruppe Mainz, Mombach, Koltheim.

Antrag 1.

Im Paragraph 24 des Statuts, Absatz 1 ist der Satz: „In der Regel fällt auf 300 Mitglieder ein Delegierter“, folgendermaßen abzuändern: „In der Regel fällt auf 600 Mitglieder ein Delegierter.“

Antrag 2.

Dem Paragraph 33 des Statuts, Absatz 1, den Satz, bezw. die Wänderung hinzuzufügen: Ortsgruppen unter 100 Mitglieder sind von der

Abführung der 7 1/2 Prozent Beiträge aus der Lokalkasse an den Agitationsbezirk befreit.“

Begründung. Antrag 1.

Mit der zunehmenden Erstarkung unseres Verbandes steigt auch die Zahl der Delegierten. Wir sind der Ansicht, daß heute schon vorläufig die Höchstzahl der Delegierten erreicht ist. Wenn die Mitgliederzahl des Verbandes sich bis zur nächsten Generalversammlung prozentual in derselben Weise wie im Vorjahre vermehrt, so können wir bis dahin bereits mit einer Verdoppelung der Delegiertenzahl rechnen. Wir glauben, daß dies für den Gang der Beratungen für die schnellere Erledigung der Geschäfte nicht dienlich ist. Ebenso würden sich die Kosten, die jetzt schon ganz enorm sind, noch ganz bedeutend steigern. Die Ersparnisse würden allein für einen freizustellenden Beamten ausreichen.

Begründung. Antrag 2.

Die Ausgaben der kleinen Ortsgruppen sind bereits die ganz gleichen wie die der größeren. Rechnet man die Ausgaben der Lokalkasse, wie Porto für Pakete und Briefe, Beiträge an das Ortskartell, Vergütung für Vertrauensmänner, Schreibmaterialien usw. zusammen, so bleibt so ziemlich gar nichts mehr übrig. Von drucken lassen eines Plakates für eine öffentliche Versammlung, Heranziehung und Bezahlung eines anderen Referenten als ständig des Bezirksleiters, der auch nicht immer Zeit hat, Unterstützung notleidender Kollegen aus der Lokalkasse, kann gar nicht die Rede mehr sein. Extrabeiträge noch zu erheben, ist nicht immer möglich. Unser Lokalaufschlag, 10 Pfennig pro Monat, ist schon für die Gründung eines Sekretariats zum Beispiel festgelegt. Den kleinen Ortsgruppen muß deshalb eine Erleichterung auf die beantragte Art verschafft werden.

Zahlstelle Kaiserslautern.

1. Die Verbandsleitung wolle beschließen, daß künftig den Mitgliedern auch beim Todesfall der Frau ein Sterbegeld ausbezahlt wird.

Begründung.

In vielen Fällen geraten Kollegen bei Todesfall der Frau in eine bedrückte Lage. Die in fast allen Fällen nur sehr geringen Vermittel werden oft durch wochenlanges Krankenlager der Frau gänzlich aufgezehrt, sodaß, besonders wenn noch eine zahlreiche Kinderfamilie vorhanden ist, beim Tode der Frau so gut wie gar keine Vermittel, die doch unbedingt zur Bestreitung der Begräbniskosten nötig waren, vorhanden sind. Auch haben wir schon oft in der Agitation die Erfahrung gemacht, daß Mitglieder anderer Organisationen übergetreten wären, wenn dieser Punkt in unserem Unterstützungsweisen mehr Berücksichtigung erfahren hätte.

2. Das Organ soll künftig mehr Befehrendes über Arbeiterschutzgesetzgebung, Arbeiterversicherung usw. bringen.

Begründung.

Man kann, obwohl in dieser Hinsicht schon sehr viel Aufklärung und Belehrung durch Broschüren usw. erfolgt ist, doch ruhig behaupten, ohne die Sorgen auf den Kopf zu stellen, daß die Arbeiterschaft nur sehr wenig oder gar keine Ahnung hat, von dem Wert und der Bedeutung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherung. Tausende von Mark gehen dem Arbeiter verloren, so besagt eine Statistik über die Alters- und Invaliden-Versicherung, weil der Arbeiter vermöge seiner Unkenntnis, in dieser Sache, sich diese Vorteile, die diese Gesetze bieten, nicht zu Nutzen zu machen weiß. Auch könnten hin und wieder aktuelle sozialpolitische Fragen mehr berücksichtigt werden, wenn auch die oft sehr langatmigen Versammlungsberichte wesentliche Kürzung erfahren müßten.

3. Die Verbandsleitung wolle die Möglichkeit der Anstellung eines freigestellten Beamten für die Pfalz mit dem Sitz in Kaiserslautern in aller nächster Zeit ins Auge fassen.

Begründung.

Gewiß werden so alle Gesuche an die Verbandsleitung um einen freigestellten Beamten für irgend einen Bezirk nach dem alten Schema „es ist sehr viel für uns zu holen, aber ein schwieriges Agitationsfeld usw.“ begründet. Aber wir möchten außer dem Umstand, daß hier eine große Anzahl freigestellter Beamter sowohl der

„Freien“ als auch der „S.-D.“ uns gegenüber steht und unser nächster Beamter und auch die übrigen christlichen Verbände sehr weit von uns entfernt ihren Sitz haben, noch folgende beifügen: Durch die Vorgänge im Saargebiet und durch das energische Eingreifen unseres Verbandes für die Rechte der Arbeiter ist das Interesse der Arbeiter der Pfalz für die Organisation wesentlich gestiegen. Überall, wo Industrie vorhanden ist, werden die Vorgänge auf der hiesigen Seite eifrig kommentiert. Da nun bekanntlich man das Eisen schmieden muß, solange es warm ist, und da ferner das bekannte Sprichwort: „wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, auch in der Agitation als Richtschnur dienen kann, befinden wir uns gegenüber den Freien und den S.-D. im Nachteil. Auch bedürfen unserer jungen Ortsgruppen, die durch intensive Agitation des vom Verbands leider nur auf 3 Monate hierher gesetzten Sekretärs ins Leben gerufen wurden, dringend der agitatorischen Unterstützung, denn bekanntlich ist es ja leichter eine Zahlstelle zu gründen und zu erhalten, zu kräftigen und auszubauen.

Ortsgruppe Radolfzell.

Die Generalversammlung wolle beschließen, den Paragraph 6 Absatz 6 in folgender Weise zu ändern: Bezieht das Mitglied Unterstützung, so sind die Beiträge immer von der Unterstützung in Abzug zu bringen, mit Ausnahme der Erwerbslosenunterstützung im Krankheitsfall.

Begründung:

In kleinen Städten speziell in Süddeutschland haben wir noch meistens mit Gemeindeversicherungen zu rechnen, und deren Unterstützungen richten sich nach dem ortsüblichen Tageslohn. Mit ihm erhält ein verheirateter Arbeiter im Durchschnitt 1 Mark pro Tag für seine Familie, während er im Arbeitsverhältnis oft das 4fache und mehr verdient; es ist dies jedenfalls ein horrender Unterschied, welcher im Krankheitsfall dem Arbeiter doppelt fühlbar wird.

Paragraph 10, Absatz 2 soll lauten: Denjenigen Mitgliedern, welche im Interesse des Verbandes in öffentlicher Agitation tätig sind (Streikleitung, Leiter von öffentlichen Versammlungen, Kommissionsmitglieder) und dieserhalb gemäßigelt werden, soll bis zu ihrem Tagesverdienst Unterstützung gewährt werden.

Begründung:

Es ist Pflicht eines Kollegen, im Interesse des Verbandes mit voller Kraft agitatorisch tätig zu sein, da kann es nun einem Kollegen leicht passieren, daß er deswegen gemäßigelt wird. Soll nun derjenige nur deshalb nicht Anspruch auf volle Unterstützung haben, weil er nicht im Auftrage der Zentralkommission, sondern nur im Auftrage der Bezirksleitung agitatorisch tätig war. Durch Aufstellung dieses Paragraphen nach obiger Begründung könnte sich auch mancher verheiratete Kollege mehr an die Öffentlichkeit wagen.

Ortsgruppe Ravensburg.

§ 7, Absatz 4 soll lauten: für die ersten drei Tage der Erwerbslosigkeit usw.

Begründung:

Da die Unterstützungssumme doch aufgerundet, so kann es gleich sein, ob die Summe etwas früher anfängt oder endet. Die Kollegen glauben, die Verbesserung dieses Punktes bei der Agitation verwenden zu können.

§ 12, Absatz 1. Bei Sterbefall eines Mitgliedes wird an Sterbegeld gewährt: nach zweijähriger Mitgliedschaft 30 Mk., dann steigend um jährlich 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 100 Mark. denn ist hinzuzufügen: bei Sterbefall der rechtl. angeordneten Frau eines Mitgliedes werden die Hälfte der angeführten Sätze ausbezahlt.

Begründung:

Die Kollegen waren der Ansicht, daß, wenn die Frau erkrankt und wegstirbt, es sehr viel kostet und deshalb momentan eine kleine Unterstützung die Not der Familie etwas verringern würde. Die Erfahrung lehrt auch, daß die Frauen in den meisten Fällen in keiner weiteren Sterbekasse sind. — Auch wäre dieser Punkt agitatorisch sehr zu verwenden, hauptsächlich in Süddeutschland, da die verheirateten Kollegen sehr schwer in die Organisation zu bekommen sind.

Den § 7 unseres Statuts (Wanderunterstützung) dahingehend zu erweitern, daß den Mitgliedern, welche wegen ihres eigenartigen Berufes gezwungen sind, am Orte zu bleiben und deshalb nicht auf Wanderschaft gehen können, eine dementsprechende Unterstützung in anderer Form gewährt wird. (Wichtig ist denn die Arbeitslosenunterstützung. D. H.)

Begründung.

In der Agitation, ganz besonders bei den hiesigen Modelnarbeiter, die hier mit zierka 4000 Mann in Frage kommen, stößt man vielfach auf den Einwand, daß die in der Modelindustrie beschäftigten Arbeiter nicht auf Wanderschaft gehen könnten, insfolgedessen für sie eine derartige Unterstützung überflüssig sei. Die Generalversammlung möge daher in Erwägung ziehen, ob es nicht angängig sei, diesen Paragraphen so zu gestalten, daß auch die Mitglieder, welche im Berufe tätig sind, dessen Eigenartigkeit eine Wanderunterstützung unmöglich macht, zu ihrem vollen Rechte gelangen. Es würde das für die Agitation sehr förderlich sein.

Ortsgruppe Breinig.

1. Staffelweise Beiträge einzuführen.
2. Vom ersten Tage an Streikunterstützung.

Begründung zu 1.

Um die Agitation zu erleichtern, da der volle Beitrag von 50 Pfg. die noch nicht genügend aufgestärkten Arbeiter abschreckt. Sind dieselbe für unsere Sache einmal gewonnen, so ist es ein leichtes, dieselbe für höhere Beiträge zu gewinnen. Auch sollen hierdurch viele den S.-D. Gewerbeverein in die Arme, da bekanntlich in dem S.-D. Gewerbeverein nur 35 Pfg. Wochenbeitrag erhoben wird, jedoch soll dann die Unterstützung auch stoffweise eingeführt werden.

Begründung zu 2.

Da der Arbeitslohn den teuren Lebensverhältnissen im weitesten nicht entspricht, ist es für den Arbeiter schwer, 3 Tage von jeder Unterstützung bar zu sein.

Ortsgruppe Hachen I.

Die Delegiertensteuer jedes 1/4 Jahr 10 Pfg., fallen zu lassen.

Begründung.

Weil die Delegiertensteuer früher zu vielen Schwierigkeiten und Unregelmäßigkeiten für die Vorstände sowie Vertrauensmänner geführt habe. Eher sei man für die Erhöhung der Beiträge.

2. Den letzten Satz in § 6, Abs. 6, daß von der Sterbe-Unterstützung der Beitrag abgehalten werden soll, zu streichen.

Begründung.

Da ein gestorbenes Mitglied oder deren Angehörigen keine Rechte mehr an den Verband haben.

In § 7 Abs. 4 bezw. der ersten 7 Tage der Arbeitslosigkeit oder der Erwerbsunfähigkeit auf 3 Tage herabzusetzen.

Begründung.

Die meisten Familien werden in beiden Fällen in der ersten Woche am härtesten davon betroffen, weil der Arbeitslohn die ersten Tage dazu benutzt, sich nach neue Arbeit umzusehen und in der zweiten Woche dieselbe dann aufnimmt, bei der Erwerbsunfähigkeit zahlt die Krankenkasse auch nichts für die ersten 3 Tage, die Bedürfnisse des Kranken sind aber größer wie in gesunden Tagen.

Ferner wird gebeten, unter Punkt Verschiedenes folgendes zu besprechen: 1) die Arbeitslosen-Unterstützung auf militärische Übungen auszudehnen;

2) Unverheirateten dieselbe Unterstützung wie Verheirateten zu gewähren, da sie auch ebensoviel Beitrag zahlen.

Ortsgruppen Augsburg, Oberhausen und Lechhausen.

Die Generalversammlung wolle beschließen, das Statut dahin zu ändern, bei Streiks und Aussperrungen vom ersten Tage an die Unterstützung zu gewähren.

Begründung:

Ein großer Vorteil würde es sein, wenn bei Streiks und Aussperrungen die Mitglieder gleich vom ersten Tage an die Unterstützung erhielten. Besonders die Agitation würde dadurch erleichtert

werden. Namentlich bei Aussperrungen ist es für die Mitglieder, hauptsächlich für solche, mit größeren Familien, besonders empfindlich, wenn sie plötzlich mit und nichts auf die Straße gesetzt werden.

2. Es soll in den Statuten vermerkt sein, daß die Mitglieder, welche vor der Militärzeit im Verband waren, diese nach derselben mit den gleichen Rechten wieder eintreten könnten. Es wäre dieses nötig, um verschiedenen Mißverständnissen vorzubeugen.

3. Es möchte auch in den Statuten die näheren Bedingungen angegeben sein, betr. Uebertritt von anderen Verbänden und Verbandsrichtungen.

Ortsgruppe Amberg.

Die Generalversammlung wolle eine freigestellte Kraft für unsern Bezirk womöglich mit dem Sitz in Amberg aufstellen.

Begründung:

Daß freigestellte Kräfte nötig sind, darüber braucht man nicht viel Worte verlieren. Gerade uns in Amberg wird es fast zur Unmöglichkeit, gemacht, selbständig in die Agitation einzugreifen, von seiten der Arbeitgeber. Selbst die bairische Gewerkschaft nimmt schon Stellung dagegen, bei den anderen Fabriken kommen bei dem geringsten Anlaß Maßregelungen vor. Unseres Erachtens nach ist es nicht nötig, die Beamten alle in eine Großstadt zu setzen. In Amberg selbst sind mehr als 4000 Metallarbeiter, in Sulzbach, das in nächster Nähe liegt, sind ebenfalls 1000 Mann jetzt schon beschäftigt, dieses Werk wird momentan vergrößert und werden demnächst zirka 3- bis 4000 Mann beschäftigt werden. In aller nächster Nähe liegt auch die Marzhütte, wo viel Leute beschäftigt sind. Ebenso Schwandorf. Auch sind jetzt in der Umgegend von Amberg und Sulzbach Ländereien angekauft, wo neue Bergwerke und auch Hochöfen entstehen werden. Da wäre es doch besser in einem solchen Bezirk, eine Kraft anzustellen, als in einer Großstadt, wo er sich nur mit den Sozialdemokraten herumgeschlagen muß. Es kommt auch noch in Betracht, daß der rote Metallarbeiterverband vorhat, eine Kraft von Nürnberg nach Amberg zu versetzen. Von Seite Ambergs soll es an dem Lokalzuschlag nicht fehlen.

Ortsgruppe Dresden.

1. Die Generalversammlung wolle beschließen, den wöchentlichen Beitrag von 50 Pfg. auf 60 Pfg. zu erhöhen.

Begründung.

Es steht zu erwarten, daß die Metallarbeiter Deutschlands in Zukunft noch in schweren wirtschaftlichen Kämpfen verwickelt werden, was namentlich in der Gründung von Streikkassen auf Seiten der Unternehmer zu erblicken ist. Hieraus ergibt sich für die Metallarbeiter die Notwendigkeit, in der Zeit ihre Kasse zu stärken, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein.

2. Die Streikunterstützung der verheirateten Kollegen von 13 auf 14 Mk., der ledigen Kollegen von 10 auf 11 Mk. zu erhöhen.

Begründung:

Die Erfahrung hat es gezeigt, daß bei längeren Streiks oder Aussperrungen die beteiligten Kollegen mit den bisherigen Unterstützungen infolge der steigenden Lebensmittelpreise nicht auskommen vermögen.

3. Den Ortsgruppen verbleiben 15 Proz. von den Beiträgen. Hiervon sind 7 1/2 Proz. an die Bezirkskasse abzuführen. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß in Zukunft den Ortsgruppen 10 Proz. verbleiben und nur 5 Proz. an die Bezirkskasse abzuführen sind. Dagegen sollen die Bezirksleiter im Bedarfsfalle einen Zuschuß von der Zentrale erhalten.

Begründung:

Es ist namentlich denjenigen Ortsgruppen, welche mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, unmöglich, die lokalen Ausgaben mit 7 1/2 Prozent zu bestreiten, wodurch den führenden Kollegen die Schaffenslust verleidet wird.

4. Die Generalversammlung wolle beschließen, die §§ 10 und 11, dahingehend einer Aenderung zu unterziehen, daß klar ausgesprochen wird, die Höhe der Unterstützung bei Massenausperrung ist derjenigen der Streikunterstützung gleichgestellt.

Begründung:

Bei der letzten großen Metallarbeiter-Aussperrung stellten sich mehrere Kollegen auf den Standpunkt, die Aussperrung bedeute eine Maßregelung, demzufolge beanspruchten sie Maßregelungsunterstützung. Es wurde betont, es habe geheißen, alle organisierten Metallarbeiter werden ausgesperrt, damit sei eine Maßregelung wegen Zugehörigkeit zum Verband erfolgt. Es dürfte deshalb eine Klärung notwendig sein.

Ortsgruppe Zippstadt.

1. Die Streikunterstützung für Unverheiratete von 10 Mk. auf 12 Mk. zu erhöhen.

Begründung:

Das Kost- und Logisgeld ist an vielen Orten, besonders in größeren Städten höher als die bisherige Unterstützung. Auch haben die Kollegen noch sonstige kleinere Ausgaben. Mit dem Gelde auskommen ist deshalb nicht möglich und die Gefahr vorhanden, daß die Kollegen Streikbruch verüben.

2. Die Arbeitslosen-Unterstützung bei Arbeitslosigkeit von der 1. Woche, bei Krankheit von der 2. Woche an zu gewähren, jedoch in beiden Fällen bis zu 20 Wochen.

Begründung:

Bei Arbeitslosigkeit sind die Kollegen gleich ohne Geld, während in Krankheitsfällen die Krankenkassen eintreten.

3. Die Zentrale wird ersucht, falls die Ortsgruppen, welche zum Wahlbezirk Zippstadt gehören, eine Mitgliederzahl von 5-600 aufzuweisen haben, und einen Extrabeitrag zur Unterhaltung eines Beamten zahlen, einen Beamten freizustellen und einen Zuschuß zur Unterhaltung zu leisten.

Begründung:

Die vielen, hier im Bezirk zerstreut liegenden kleinen Ortsgruppen könnten eine bedeutende Zahl von Mitglieder mehr aufweisen, wenn eine bessere Agitation entfaltet werden könnte. Das Arbeitsfeld ist hier ein großes und tausende von Mitgliedern könnten gewonnen werden.

Ortsgruppe Schwäb.-Gmünd.

Zu Paragraph 33. Die Generalversammlung wolle beschließen: „Den örtlichen Verwaltungsstellen stehen 20 Prozent der Wochenbeiträge zu usw. Hiervon sind 7 1/2 Prozent an die Bezirkskasse abzuliefern.“

Begründung:

Mit 7 1/2 Prozent der Beiträge als Einnahme für eine Ortsgruppe, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, eine erfolgreiche Agitation zu entfalten und daneben allen anderen lokalen notwendigen Bedürfnissen gerecht zu werden, wozu unstreitig eine Bibliothek gehört. Ist es an kleineren Plätzen schon schwer genug, die indifferenten aber christlich denkenden Kollegen dahin zu bringen, nur eine Versammlung zu besuchen, in welcher ihnen der Nutzen der Organisation überhaupt, insbesondere einer solchen auf christlicher Grundlage errichteten, welche ihren persönlichen Ansichten entsprechen, klargelegt werden, so ist an größeren, mit einer starken gegnerischen Organisation besetzten Plätzen kaum anzukämpfen und schwer genug den eigenen Stand zu halten, wenn eine Ortsgruppe nicht über genügend eigenes Geld zu verfügen hat.

Als Delegierte zur Generalversammlung wurden gewählt:

- Jffelsburg. Kollege Franz en Saar.
- Neheim. Kollege Riese heuer.
- Barmen. Kollege Oberboffel.
- Wahlbezirk Zippstadt. Joseph K u h r.
- Duisburg II. Kollege S a h n.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bekanntmachung.

Der Ortsgruppe Dortmund wird die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalzuschlages von 10 Pfg. pro Woche, der Ortsgruppe Kaiserslautern zur Erhebung eines solchen von 5 Pfg. pro Woche mit dem Bemerken erteilt, daß die Nichtbezahlung desselben die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge hat.

Mainz. Um Stellung zu nehmen gegen die von seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften auch im hiesigen Bezirk ausgestreuten Verleumdungen Lügen und Verdächtigungen, hatten wir am 1. Juli eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen. Den Vorsitz führte Kollege Reitebuch. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Bezirksleiters Schäfer referierte Arbeitersekretär Thelen-Offenbach über das Thema: „Die Metallarbeiterausperrung, ihre Ursachen und was wurde erreicht?“ Als Ursachen der Metallarbeiterausperrungen bezeichnete er 1. die schlechten Zustände in den Werkereien, 2. die falsche sozialdemokratische Streiktaktik. Der Referent erläuterte sodann die Geschichte der freien Gewerkschaften, die schon von ihrer Gründung an im sozialdemokratischen Fahrwasser schwammen. Die soz. Gewerkschaftsführer stellen bei ihrer Kompfaktik die parteipolitischen Zwecke stets vor die wirtschaftlichen Ziele.

Redner brachte hierfür eine Anzahl Beweise vor. Er erinnerte an den Messerschleiferstreik in Solingen, dem Werksarbeiterstreik in Flensburg, wie den Ausspruch des freien Metallarbeiterführers in Essen, namens Smoll, der erklärte, „ein Streik, der nur zwei Wochen dauert, und gewonnen wird, sei ihm nicht so lieb, als ein solcher, der 14 Wochen währt und verloren geht“. Uebergehend zur Fortbewegung besprach der Redner die bei der Einleitung derselben gemachten Fehler des soz. Metallarbeiterverbandes, sowie die Umstände, welche die Niederlage der roten Verbände verschuldeten. Diese war hauptsächlich auf die Ebe in der Klasse zurückzuführen. Auch das sozialdem. Geschrei von Arbeiterverrat der Christlichen in Offenbach, mit dem die Gewissen so viel haunieren gingen, wurde eingehend besprochen und gezeigt, wo die wahren Arbeiterverräter sind. Mit einem Appell an die Kollegen, fest und treu zu den christlichen Gewerkschaften zu halten, schloß Kollege Thelen unter Beifall seine trefflichen Ausführungen. An der an das Referat sich anschließenden Diskussion beteiligte sich als erster der Geschäftsführer des hiesigen soz. Metallarbeiterverbandes Genosse Biehler. Einen größeren Konfusionsrat auf gewerkschaftlichem Gebiete hatten wir noch nicht gehört. Mit keinem Worte suchte er die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Von den großen Arbeiterverrätereien in Offenbach, Burbach, hörte man gar nichts. Nach echt sozialistischer Manier kramte er alle schon längst wiederlegten alten Lügenhüter und Schlagwörter, wie: „Unternehmergewerkschaften“, „von der Beistlichkeit geführte und betörte Arbeiter“ usw. aus seinem verrosteten Waffenarsenal zu unserer Bekämpfung. Durch Zwischenrufe um Beweise für seine Behauptungen aufgefordert, nannte er nicht existierende und für die christlichen Gewerkschaften nicht in Betracht kommende kath. Zeitungen. Einen Hauptboup glaubte er mit der Anführung des Apostel Judas aus der Bibel zu machen, jedoch auch dieses Fell schuppte ihm, als er es zu gerben anfangen wollte, den Bach hinunter. Ob er vielleicht sich damit gemeint hatte?

Die nachfolgenden Redner, die Kollegen Gengler, Knoll, Heffner und Gabel wiederlegten treffend diese Ausführungen, sodas Genosse Biehler alle Lust verging, sich zum zweiten mal zum Wort zu melden. In seinem Schlusswort wiederholte Kollege Thelen nochmals die Angriffe und unterzog insbesondere den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, auf den Genosse Biehler sich so sehr „freut“, einer eingehenden Kritik. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christl. Gewerkschaftsbewegung schloß Kollege Reitebuch die sehr anregend und lehrreich verlaufene Versammlung.

Und nun noch ein Wort an die Kollegen im Mainzer Bezirk. An ihnen liegt es, die in der Versammlung gegebenen Lehren zu befolgen. Dazu gehört in erster Linie der Versammlungsbesuch, der leider von den Kollegen zu sehr vernachlässigt wird. Nur mit einer gut geschulten Arbeiterschaft kann man den Angriffen von allen Seiten begegnen. Woher soll aber diese kommen, wenn die Kollegen, wie es manche tun, das ganze Jahr in keine Versammlung kommen. Möchten sich die Kollegen von Mainz, Wormbach und Rostheim mehr zusammenschließen, mehr Opferwilligkeit, Tatkraft und Energie betätigen, nicht die ganze Arbeit weniger überlassen, mehr zur Erkenntnis über unsere Bestrebungen kommen und daraus resultierend sich dann mehr gewerkschaftlich betätigen, dann wird auch der christl. Metallarbeiterverband im Mainzer Kreise dem Gegner zum Trotz mehr und mehr erstehen.

Worms. Die Lohnbewegung der Schlosser hat mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter geendet. Es wurde erreicht: 1. 10stündige Arbeitszeit; 2. für jüngere Kollegen 3 Pfg. Zulage pro Stunde, für ältere Kollegen 2 Pfg. Zulage pro Stunde; 3. 10 Prozent Zulage für Ueberstunden. Die 10 Proz. für Ueberstunden wurden nicht verlangt, sie sind eine freiwillige Zugabe des Herrn Stumpf.

Die Schlosser-Zunft in Worms hatte eine schwarze Liste drucken lassen und sie jedem Meister zugesandt. Die Liste enthielt die Namen von sämtlichen Kollegen der Werkstätte und die Bemerkung: „Von den angeführten Arbeitern niemand einzustellen, da dieselben die Vorläufer für eine allgemeine Lohnbewegung der Schlosser von Worms wären.“

Man kann hieran wieder sehen, mit welchen Mitteln auch die Wormser Meister schon arbeiten; ganz nach dem Muster der Scharfmacher. Nach dem Bekanntwerden der schwarzen Liste haben unsere Kollegen mit doppeltem Eifer gearbeitet, um es den Indifferenten klarzumachen, daß sie nur durch Beitritt in die christl. Gewerkschaften Erfolge erringen könnten, wie es auch der Erfolg gezeigt hat.

Oggersheim Am Samstag, den 7. Juli ds. Js. hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, die sehr gut besucht war.

Gewerkschaftssekretär Kollege Erjing aus Kaiserslautern hielt einen Vortrag: „Die kulturelle Bedeutung der christl. Gewerkschaften.“ Er wies die Aufmerksamkeit darauf hin, daß die Organisation der Arbeiter nicht bloß eine rechtliche Entlohnung für entsprechende geleistete Arbeit zu erstreben hat, sondern eine weit wichtigere Aufgabe sei es, darauf hinzuwirken, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, um den Arbeitern auch Gelegenheit zu geben, sich in geistiger Beziehung auszubilden, namentlich durch Lesen einer guten Presse und studieren des Verbandsorgans. Es ist ja statistisch nachgewiesen, daß die höchsten Löhne dort bezahlt werden, wo eine kurze Arbeitszeit eingeführt ist, ohne daß die Arbeitgeber dabei zu kurz kommen. Aber auch in sittlicher Beziehung haben die christl. Gewerkschaften eine Pflicht, die durchaus nicht unterschätzt werden darf, nämlich die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Um aber all dieses zur Ausführung zu bringen, ist es Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, sich zu organisieren und zwar in der christl.-sozialen Arbeiterorganisation, denn, daß die zum Unterschied der sich „frei“ nennenden Organisation erst die Interessen der Arbeiter vertritt, hat sich schon oft zur Genüge bewiesen. Auch hat der Referent, der in den letzten Wochen öfter in dem Saarrevier Gelegenheit hatte, Versammlungen abzuhalten, das Tun und Treiben der „Freien“ geschildert, wie diese sich auführen, und Herrn Dr. Tille die schönsten Schwarzgerdienstleistungen. Daß die christl. Gewerkschaften im Saarrevier den Sieg errungen haben, indem alle Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht ungehindert Gebrauch machen dürfen, dieses können die Herrn von der „freien“ Gewerkschaft durch ihren verlogenen Artikel in der Samstagnummer „der pfälz. Post“ vom 7. Juli doch nicht hinweglügen, oder sind die Herren „Freien“ deshalb so aus dem Häuschen, weil einer ihrer „Gewissen“ in einer Versammlung in Burbach sich so fein betragen hat, daß den Christlichen der Geduldsfaden riß und sie ihn auf nicht mehr gewöhnlichem Wege an die frische Luft beförderten.

Dies letztere hätten die Freien Herrn schon öfters verdient, es sind aber nicht immer Leute da, die sich die Finger schmutzig machen wollen. Alles in Allem können wir sagen, daß diese Versammlung anregend und belehrend verlaufen ist.

Möge die anregend verlaufene Versammlung zum Wohle unserer christl. Organisation reiche Früchte tragen.

Briefkasten der Redaktion.

Ein ganze Reihe Ortsgruppen haben die Abrechnung vom 2. Quartal noch nicht eingesandt. Dieselben werden ersucht, dies unvorzüglich zu tun. Wiederholt machen wir darauf aufmerksam, daß die Rubriken auf die Abrechnungssformulare genau ausgefüllt werden sollen. Ebenso ist neben der Abrechnung das Mitgliederverzeichnis mit der Angabe, wie weit jedes Mitglied bezahlt hat, mit einzusenden. Jeder Kassierer sollte vor Fertigstellung der Abrechnung auf dem Formular den Passus: Zur Beachtung durch lesen.

Nach Solingen. In den neuen Statuten steht in den Schlussbemerkungen: daß vom ersten Januar 1906 ein Mitglied erst dann die erhöhten Unterstützungen be-

ansprechen kann, wenn es von diesem Zeitpunkte ab ein Jahr den 50 Pfg. Beitrag gezahlt hat. Dieses gilt für alle, auch für die alten Mitglieder, denn sie haben vor dem ja keinen 50 Pfg. Wochenbeitrag gezahlt. Wollten meinen dieses wäre für jeden verständlich.

Berichtigung.

Bei der Quittung über die Geldeingänge im Quartal in Nr. 27 fehlt die Ortsgruppe Thurn Dellbrück mit 107,90 Mark, bei Gelsenkirchen muß heißen 1134,31 Mark, was hiermit richtig gestellt wird.

Versammlungs-Kalender.

- Bonn.** Samstag, den 28. Juli, abends 9 Uhr im Verband lokal Wilhelmstraße 18.
- Grefeld.** Samstag, den 4. August, abends 9 Uhr Versammlung in der Reichshalle.
- Grefeld.** Sonntag, den 5. August, nachmittags 5 Uhr am Driesenhof christliche Gewerkschaftsfest bestehend in Konzerte- und Kinderbelustigung und Tanz.
- Cöln-Deutz.** Sonntag, den 29. Juli, Generalversammlung bei Laaer.
- Emmerich.** Sonntag, den 29. Juli, vormittags 11 1/2 Uhr bei Bunnard.
- Essen-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 29. Juli, morgen 11 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerführung im Gewerkschaftshaus.
- Essen-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 5. August morgen 11 1/2 im großen Saale des christlichen Gewerkschaftshauses vierjährliche Generalversammlung: Quartalsbericht, Kassenbericht, Verschiedenes. Allseitiges Erscheinen dringend notwendig. Legitimation: Mitgliedsbuch.
- Gelsenkirchen-Bulmke.** Sonntag, den 29. Juli, bei Mische, Höhenloferstraße.
- Kalk.** Samstag, den 28. Juli, abends 9 Uhr bei Schorob alle müssen erscheinen.
- Lippstadt.** Samstag, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr in Gefellenhause öffentliche Versammlung. Referent: Kollege Kieheuer-Neheim.
- Lippstadt.** Samstag, den 4. August Mitgliederversammlung im Verbandslokal Rosttor.
- Olsberg.** Sonntag, den 5. August, nachmittags 4 Uhr bei Wilt Wilhelm Kropf. Referent Joseph Nuhr Lippstadt.
- Oberhausen.** Sonntag, den 6. August, Ausflug nach Schmachtendorf. Abfahrt mit Familie per Extrawagen der elektrischen Straßenbahn nachmittags 1 1/2 Uhr von der Dülmenerstraße aus.
- Oberhausen.** Sonntag, den 12. August, nachmittags 3 Uhr bei Janßen (Bertr. Reiter) am Knappenmarkt Versammlung.
- Papenburg.** Sonntag, den 5. August nachmittags 4 Uhr bei Hülsmann.
- Schweinfurt.** Samstag, den 28. Juli, im Gasthaus den 4 Jahreszeiten (Saal) Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Wahl eines 1. Vorsitzenden, 2. Anstellung von Vertrauensmännern, 3. Bericht der Bezirkskonferenz, 4. Anträge, 5. Verschiedenes. Erscheinen Pflicht.

Einige tüchtige Messingdreher

finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei **Zulauf & Cie.** Metallwarenfabrik, Höchst a. Main.

Der Kollege Johann Rippken, Buch-Nr. 9 926 wird um Angabe seiner Adresse gebeten, von der Ortsgruppe Oberhausen (Rhld.)

Unserem lieben Kollegen **Karl Zufall** nebst seiner Braut **Anna Herbingen** zur Vermählung **die herzliche Glück- u. Segenswünsche** Die Kollegen der Ortsgruppe Gelsenkirchen-Bulmke.

Unserem treuen Kollegen **Ferdinand Schmitz** und seiner Gattin **Anna geb. Kleinmann** **die herzlichsten Glückwünsche** zur silbernen Hochzeit Die Kollegen der Ortsgruppe Cöln-Ehrenfeld.

Nachruf.

Am Montag, den 9. Juli verschied nach längerer Krankheit unser treuer Kollege **Theodor van Hall** Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren bleiben Die Kollegen der Ortsverwaltung Essen.

Nachruf.

Am 19. Juli verschied infolge Lungenentzündung unser Kollege **Franz Schulte** Der Verstorbene war ein tüchtiger Vertrauensmann und treuer Mitarbeiter unserer Ortsgruppe. Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben. Die Kollegen der Ortsgruppe Bochum.